

Chronik

A. Orthodoxe Kirche

1. Panorthodoxe Nachrichten

Treffen der orthodoxen Kirchenführer in Istanbul

Vom 14. bis 15. März 1992 wollen sich nach vorliegenden Meldungen die Oberhäupter von insgesamt 14 orthodoxen Kirchen auf Einladung des **Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I.** erstmals in der Kirchengeschichte zu einer gemeinsamen Konferenz in Istanbul zusammentreffen. Nach der Tagesordnung dieser Konferenz gelten als Diskussionsthemen sowohl die gegenwärtigen Spannungen zwischen der Orthodoxen und der Römisch-Katholischen Kirche bezüglich des Uniatismus (auf Antrag der orthodoxen Kirchen Rußlands und Rumäniens), als auch das seit den letzten Jahrzehnten intensiv vorbereitete Heilige und Große Konzil der Orthodoxen Kirche, das nach den Worten von Patriarch Bartholomaios I. noch vor dem Ende unseres Jahrtausends einberufen werden soll. Zur Vorbereitung dieses Treffens fand vorerst unter dem Vorsitz des Metropoliten von Pergamos, **Johannes**, eine Vorbereitungskonferenz, an der Bischöfe und Theologen aller orthodoxen Kirchen teilnahmen, vom 26. Februar bis 1. März 1992 im Kloster Evangelismos bei Thessaloniki statt. Dieses Treffen sei wohl als keine »anti-ökumenische Aktion« seitens der Orthodoxie zu sehen, unterstrich vorerst der Ökumenische Patriarch im

Rahmen eines Gespräches mit Bischöfen der orthodoxen Kirche von Griechenland. Am Ende des dreitägigen Treffens wird von allen orthodoxen Vorstehern eine gemeinsame Erklärung bezüglich der aktuellen Probleme unterschrieben werden. Den Höhepunkt dieser tatsächlich hoffnungsvollen Konferenz wird die am 15. März (Sonntag der Orthodoxie) in der Georgskirche im Phanar gehaltene Göttliche Liturgie bilden, bei der alle orthodoxen Kirchenvorsteher gemeinsam zelebrieren werden.

Interorthodoxe Konferenz über die Umwelt

Vom 5. bis 12. November 1991 fand an der Orthodoxen Akademie auf Kreta die »Interorthodoxe Konferenz über den Schutz der Umwelt« statt, auf der über die Verantwortung der orthodoxen Christen für die Umwelt debattiert wurde. Die Einladung an die orthodoxen Kirchen, über den gegenwärtigen Zustand und die Zukunft der Schöpfung Gottes nachzudenken, erging noch durch den inzwischen verstorbenen Ökumenischen Patriarchen **Dimitrios I.**, auf dessen Initiative hin der 1. September als Fest »Achtung vor der Schöpfung und Bewahrung der Umwelt« begangen wird (vgl. *Ofo* 5 [1991] 172 mit weiteren Nachw.). Auf der Konferenz wurden zwei Hauptvorträge gehalten, der erste von Prinz Philipp von Edinburgh und der zweite vom Metropoliten von Pergamos, Prof. Dr. Johannes Zizioulas. Im Anschluß an die Konferenz kündigte Dr. Alexandros Papaderos, Direktor der Or-

thodoxen Akademie die Gründung eines Instituts für Theologie und Ökologie an. Das Institut verfolgt den Zweck, unter Mitarbeit der Kirche, der griechischen und ausländischen Universitäten und anderer ökumenischer Institutionen den Dialog über ökologische Probleme zu fördern.

»Orthodoxe Woche« in München

Im Rahmen der diesjährigen Feier der Orthodoxen Woche (8.–15. März 1992) in München, die in den letzten Jahren von den orthodoxen Gemeinden Münchens — und dank der besonderen Bemühungen des griech.-orth. Protopresbyters **Apostolos Malamoussis** — organisiert wird, haben verschiedene Veranstaltungen stattgefunden. Zu erwähnen sind u.a. der am 10. März 1992 in der Heßstraße (griech.-orth. Metropolie) gehaltene Vortrag von Prof. Dr. Dr. **Theodor Nikolaou** mit dem Thema »Das Mönchtum als einigendes Band zwischen Ost- und Westkirche« und besonders die am Sonntag der Orthodoxie (15.3.92) in der griech.-orth. Allerheiligen-Kirche vollzogene Göttliche Liturgie, die den feierlichen Abschluß der Veranstaltungen bildete. Die Eucharistiefeier zelebrierten der griechisch-orthodoxe Metropolit von Deutschland, **Augoustinos**, der russisch-orthodoxe Metropolit **Irinej** und der serbisch-orthodoxe Bischof **Konstantin**. Im Anschluß daran wurde der Grundstein für das neue Gemeindezentrum der serb.-orth. Kirchengemeinde in Perlach/München gelegt.

2. Ökumenisches Patriarchat

Neuer Ökumenischer Patriarch

Am Samstag, dem 2. November 1991, wurde der Metropolit von Chalkedon, **Bartholomaïos Archontonis**, als Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel inthronisiert. Patriarch Bartholomaïos, als Nachfolger des am 2. Oktober 1991 verstorbenen Ökumenischen Patriarchen Dimitrios I., tritt für einen entschlossenen innerchristlichen und interreligiösen Ökumenismus ein. (Mehr darüber vgl. oben S. 82 ff.)

Wahlen im Phanar

Unter dem Vorsitz des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaïos I. wählte die Heilige Synode zwei neue Metropoliten. Der Metropolit von Myra, **Chrysostomos**, wurde zum Metropolit von Ephesos und somit »πρώτος τῇ τάξει« und der Metropolit von Melitene, **Ioakim**, zum Metropolit von Chalkedon ernannt.

Neue Metropoliten für Österreich und Italien

Als neuer Metropolit von Österreich wurde der 1946 in Athen geborene bisherige griechisch-orthodoxe Auxiliarbischof in Wien, **Michael Staikos**, inthronisiert. Er tritt die Nachfolge des 1903 in Smyrna geborenen und auf eigenen Wunsch nach 28jähriger Amtszeit zurückgetretenen Metropoliten Chrysostomos Tsiter an. Mit dem Amtswechsel wurde zugleich das Jurisdiktionsgebiet des Wiener Metropoliten neu bestimmt. Neben der Orthodoxen Kir-

che in Österreich gehören weiterhin Ungarn und das Exarchat Mitteleuropa zu seiner Metropole.

Die orthodoxe Kirche in Italien gehört hingegen künftig nicht mehr zu der Metropole von Österreich. Die Heilige Synode des Ökumenischen Patriarchats errichtete für sie eine eigene Diözese. Neuer Metropolit von Italien mit Sitz in Venedig wurde der aus Rhodos stammende bisherige Auxiliarbischof für Italien, **Spyridon Papageorgiou**.

Aufsteigende Zahl von Mönchen auf Athos

Eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung bei den Neueintritten von Mönchen auf dem »heiligen Berg« Athos ist in der letzten Zeit festgestellt worden. Nach der Hieria Epistasia, eine Art mönchischer Selbstregierung, haben in den letzten zwei Jahren besonders viele Novizen aus Rußland, Georgien, Rumänien, Bulgarien, Serbien und aus der Ukraine auf Athos eingesiedelt. Dies stellt eine im letzten Moment rettende Hoffnung für die vom Aussterben bedrohten russischen, serbischen und bulgarischen Klöster dar. Die Gesamtzahl der Mönche hat sich nach den letzten Statistiken um rund 1500 erhöht, wobei der absolute Tiefstand mit 1146 Mönchen auf das Jahr 1971 zurückzuführen ist.

1992: Lazar-Gedenkjahr

Der Missionsausschuß des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel unter dem Vorsitz von Patriarch Bartholomaios I. hat das Jahr 1992 zum Gedenkjahr an den vor 600 Jahren verstorbenen »Apostel der Lappen«, **Lazar**, erklärt.

Der als »Lazar von Murmansk« in die orthodoxe Verkündigungsgeschichte eingegangene Missionar soll mit entsprechenden Feiern in den Diözesen Archangelsk und Murmansk, sowie in Moskau und Konstantinopel geehrt werden.

Lazar, der aus Konstantinopel stammte, begab sich 1351 nach Rußland, wo er zunächst als Eremit auf einer Insel im Onega-See östlich vom heutigen St. Petersburg lebte. Später ging er nach Norden und verkündete den Lappen unter großen Schwierigkeiten und Anfeindungen das Evangelium. Zu Lazars Lebzeiten hingen die Lappen dem Schamanismus an, waren für Zaubertrommeln und Bärenkult bekannt. Ein großer Schülerkreis vollendete Lazars Lebenswerk. Die heute überwiegend evangelisch-lutherischen Lappen sind ein seltenes Beispiel dafür, daß sich auch orthodoxe Gemeinschaften der Reformation anschlossen. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI* Nr.53/54 [24.12.1991] 14)

3. Patriarchat von Antiochien

Neue orthodoxe Klöster

Im Patriarchat von Antiochien entstanden in der letzten Zeit fünf neue orthodoxe Klostersgemeinschaften. Es handelt sich um Klöster im Libanon und in Syrien. Diese Erneuerung des monastischen Lebens ist entscheidend auf die geistliche Wiedererstarkung der dortigen orthodoxen Jugend zurückzuführen. Die orthodoxe Jugendbewegung MJO hat dem orthodoxen Leben in der vom Kriege heimgesuchten Region jahrelang auf vielfältige Weise wertvolle Impulse gegeben, wozu auch die Gründungen von Klöstern zählen.

In den 70er Jahren wurde das **Kloster des hl. Georg in Deir-el-Harf** gegründet. Es ist allenthalben wegen seiner bedeutenden Wandmalereien berühmt, aber seine eigentliche Bedeutung besteht gerade in der Spiritualität, die besonders sein Abt Elias Markos verkörpert. Auch das **Kloster des hl. Johannes des Täufers in Duma** ist eine Neugründung. In Fem-el-Semqac und um das **Kloster Hammatūra** auf dem Berge Libanos wurden verlassene Sketen wieder bezogen.

Außer diesen Klöstern unterstehen der Jurisdiktion des orthodoxen Patriarchates von Antiochien noch weitere elf Klöster. Das Marienkloster von Balamand beherbergt das **Institut des hl. Johannes von Damaskos** sowie Abteilungen der orthodoxen Universität. (vgl. hierzu *Ofo* 5 [1991] 158 und *Christianiki* 398 [26.9. 1991] 12)

4. Patriarchat von Jerusalem

Qumran-Text veröffentlicht

Die Papyrusrollen von **Qumran** enthalten nach Äußerungen des amerikanischen Wissenschaftlers Robert Eisenman Bezüge auf das Leiden und den Tod einer Messias-Gestalt, wobei allerdings unklar ist, ob der gewaltsame Tod des Messias berichtet oder vorhergesagt wird. Eisenman hatte Gelegenheit, Einblick in die Dokumente zu nehmen, die bis vor kurzem nur wenigen Spezialisten zugänglich waren.

Der Text, der die Ankündigung des messianischen Reiches aus dem Alten Testament und die Gestalt des leidenden Gottesknechtes in Verbindung bringen, lautet nach Angaben Eisenmans folgender-

maßen: »Jesaja, der Prophet / Aus dem Baumstumpf Isais wächst ein Reis hervor / der Zweig Davids / und sie haben ihn getötet (oder: werden ihn töten), das Haupt der Gemeinschaft vom (es folgt ein verstümmeltes Wort)... / verwundet ... geschlagen«. Hier bricht der Text ab. Eisenman ergänzt das verstümmelte Wort nach den beiden erhaltenen Anfangsbuchstaben mit »Zweig Davids«. Nicht zu entscheiden ist, ob das Wort »töten« in dem Fragment im Futur oder im Perfekt gebraucht wurde. Eine Klärung dieser Frage ließe Schlüsse auf eine mögliche Abfassung des Textes in der Zeit vor oder nach der Hinrichtung Jesu zu. (*Katholische Nachrichten-Agentur*, *ÖKI* Nr. 48 [20. 11. 1991] 3)

* Über dem Haus des **Apostels Petrus** in Kapernaum (Kefar Nahum) am Nordwestufer des Sees Genesareth erhebt sich jetzt eine oktagonale Kirche, deren Gestalt im Inneren an ein Boot erinnert. Die auf acht Pfeilern ruhende Kirche läßt durch diese Bauweise die früheren archäologischen Strukturen unversehrt. (*Katholische Nachrichten-Agentur*, *ÖKI* Nr. 48 [20. 11. 1991] 13)

5. Patriarchat von Moskau und ganz Rußland

Patriarch Aleksij II. ermutigt Boris Elcin

Am 10. Juli 1991 wurde Boris Nikolaevic Elcin im Kongreßpalast des Moskauer Kremls als erster Präsident der Russischen Republik feierlich vereidigt. Unter den Ehrengästen ergriff auch **Patriarch Aleksij II.** von Moskau und ganz Rußland das Wort. Er sagte unter anderem: »Sie haben

die Verantwortung für ein Land übernommen, das schwer krank ist ... Es hat heute wenig Sinn, die Träger des Bösen in unserem Land ausfindig machen zu wollen in der illusionären Hoffnung, daß mit ihrem Verschwinden von der politischen Bühne sich alles von selbst ordnen würde«. Der Patriarch ermutigte Präsident Elcin, bei seinem Werk von »anthropologischem Realismus auszugehen« und wünschte ihm »Toleranz und Weisheit, die ihn niemals verlassen sollten«.

In einer von Patriarch Aleksij II. und führenden religiösen Persönlichkeiten verschiedener christlicher Konfessionen bzw. Weltreligionen unterzeichneten **Grußadresse** heißt es: »Durch die Wahl des Volkes und den Willen Gottes wird Ihnen die höchste politische Macht in Rußland übertragen ... Wir alle wünschen uns eine friedliche und gedeihliche Zukunft für dieses Land, wir alle beten für Sie und hoffen, daß Sie dem Wohl unserer Heimat, ihrer raschen Heilung von jenen Wunden dienen werden, die ihm in den früheren Jahren geschlagen wurden im Kampf gegen die spirituellen Grundlagen des menschlichen Lebens ...«.

Bevor Patriarch Aleksij II. diese Grußadresse an Boris Elcin übergab, segnete er ihn mit dem Zeichen des Kreuzes.

In der Nacht zum 21. August 1991, der Stunde höchster Gefahr für die demokratischen Reformen in der damaligen Sowjetunion, erließ Patriarch **Aleksij II.** folgenden Aufruf:

»Nach vorliegenden Meldungen beginnen offene bewaffnete Auseinandersetzungen und Blutvergießen. Unter diesen Bedingungen ist es meine Pflicht als Patriarch, alle zu warnen, denen das Wort der Kirche teuer und nicht gleichgültig ist: Jeder, der die Waffe auf seinen Nächsten,

gegen unbewaffnete Menschen, richtet, läßt schwerste Sünde auf sich, die ihn von der Kirche und von Gott trennt ...

Ich bitte die Soldaten und ihre Kommandeure dessen eingedenk zu sein, daß niemand den Preis für ein Menschenleben bestimmen oder gar bezahlen kann.

Ich bitte die hochheilige Gottesmutter und Beschützerin unserer Stadt, in diesen Tagen des Fastens zum Fest Ihres Heimgangs uns nicht ohne Ihren Schutz zu lassen, ja uns alle zu beschirmen.

Mutter Gottes, stehe uns bei, daß wir uns untereinander und mit Gott versöhnen!« (*Stimme der Orthodoxie*, September 1991, 5–6 und 3)

»Runder Tisch« mahnt Überwindung der russischen Kirchenspaltung an

Am 23. August 1991 wurde am »Runden Tisch« im Moskauer Danilov-Kloster im Rahmen des vom 19. bis 31. August 1991 veranstalteten »Kongresses der Landsleute« aus verschiedenen Jurisdiktionsbereichen der russischen kirchlichen Diaspora über die kirchenhistorische Problematik »Die russische orthodoxe Kirche im 20. Jahrhundert — Geschichte und Gegenwart« diskutiert.

Der »Runde Tisch« verabschiedete gleichlautende Voten an Patriarch Aleksij II. von Moskau und ganz Rußland und an den Metropoliten Vitalij, Primas der russischen orthodoxen Kirche im Ausland. Darin bitten die Unterzeichner beide Hierarchen, je eine Delegation von wohlmeinenden Geistlichen und Laien zu entsenden, »um eine schreckliche neue Katastrophe in der russischen orthodoxen Kirche, nämlich eine weitere Spaltung, zu verhindern«. Sie wünschen, daß »die eucharistische Gemeinschaft zwischen allen Kirchen

aus russischer Wurzel einschließlich der orthodoxen, von Metropolit Feodosij geleiteten Kirche in Amerika und dem westeuropäischen Exarchat unter dem hochwürdigsten Erzbischof Georgij wiederhergestellt werden« möge. Sie rufen desweiteren zur Buße auf, bevor sie fortfahren: »Wenn wir begännen, uns gegenseitig zur Demut zu ermutigen, d. h. wenn jeder seiner Sache Gewisse sich zu der Einsicht durchringen könnte, daß er zwar recht hat, aber nicht absolut im Recht ist, weil es auch bei ihm dunkle Stellen gibt, dann wäre das schon viel. Es hieße, die Sache käme dann über den toten Punkt hinweg«. Schließlich heißt es, eine Begegnung in der Liebe, die alles trägt und niemals aufhört (1 Kor 13, 7f.), sei erfolgversprechend und müsse gewagt werden. (*Stimme der Orthodoxie*, Oktober/November 1991, S. 5–7)

Beginn der nachsowjetischen Ära

Am Abend des 25. Dezember 1991 erklärte Michail Gorbacev seinen Rücktritt als Präsident der UdSSR. Damit war zugleich das offizielle Ende der Sowjetunion gekommen. Die Heilige Synode unter Vorsitz von **Patriarch Aleksij II.** von Moskau und ganz Rußland, die zur selben Stunde tagte, verabschiedete zum Zerfall der UdSSR eine Erklärung, in der sie dem Wunsch Ausdruck gab, die selbständig gewordenen Republiken mögen »würdig und mit moralisch gerechtfertigten Mitteln« aus dem bisherigen Staatswesen ausscheiden. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI* 4 [22. 1. 1991] 4 und 13–16)

Heiligsprechung von Neomärtyrern

Die Heilige Synode befürwortete auf ihrer letzten Sitzung vor Weihnachten 1991 einmütig die baldige Kanonisierung einiger in den ersten Jahren der Sowjetmacht ermordeten Geistlichen. Dabei handelt es sich um die Metropoliten **Vladimir Bogojavlenskij** (1848–1918) von Kiev und Galizien, **Veniamin Kazanskij** (1873–1922) von Petrograd und Gdov und die mit ihm zusammen getöteten Archimandrit **Sergij Šejn** (1866–1922), **Jurij Novickij** (1882–1922) und **Ioann Kovsarov** (1878–1922). Auch die Kanonisierung der Märtyrerin Großfürstin **Elisaveta** (1864–1918) und der mit ihr 1918 zusammen ermordeten Nonne **Barbara** steht bevor. Neben einzelnen Personen sollen auch all jene, die in den vergangenen Jahrzehnten ihr Leben für den Glauben ließen, durch ein gemeinsames Fest der »Versammlung aller Neumärtyrer Rußlands« mit eigenen liturgischen Texten geehrt werden.

Die Heilige Synode nahm in diesem Zusammenhang zugleich ein Schriftstück der Synodalkommission entgegen, das die Prinzipien, nach denen die theologischen Aspekte einer Heiligsprechung beleuchtet werden, definiert. (*Orthodoxie heute* 16 [1991] 25 f.)

Bei einer interreligiösen Konferenz auf Malta hatte nach italienischen Presseberichten vom 10. Oktober 1991 **Erzbischof Valentin**, Repräsentant von Patriarch Aleksij II. in Paris, angekündigt, der letzte russische Zar, **Nikolaj II.**, und seine Familie sollten bald heiliggesprochen werden. Valentin erklärte weiter, am Ort der Ermordung der Zarenfamilie in Ekaterinburg solle ein Kloster errichtet werden. Nach Aussage des Erzbischofs handelt es sich bei den 1919 von Bolschewiki ermordeten Mitgliedern der Zarenfamilie um Mär-

tyrer. (*Der Christliche Osten*, XLVI [1991] 356)

*Ukrainisches Religionsgesetz
verabschiedet*

Am 23. April 1991 wurde das Gesetz der Ukrainischen SSR »Über die Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen« (vgl. *Radjanska Ukraina* vom 5. Juni 1991) verabschiedet. Es trat am 5. Juni 1991 mit Bekanntmachung in Kraft. Gegenüber den entsprechenden Gesetzen der ehemaligen UdSSR und RSFSR weist es bemerkenswerte Unterschiede auf.

Art. 1 bestimmt als Aufgabe des Gesetzes u. a., »die negativen Folgen der staatlichen Politik hinsichtlich der Kirche und Religion zu beseitigen«, dies gilt vor allem auch für vermögensrechtliche Belange. Eine vollständige rechtliche und tatsächliche Restitution von Religionsgemeinschaften, die seit 1917 Unrecht erlitten, sieht das Gesetz zwar nicht vor, doch reagiert es auf die unzähligen zwischenkirchlichen Immobilienstreitigkeiten in der Ukraine. Art. 17 untersagt die »eigenmächtige Besetzung von Kultgebäuden oder die Inbesitznahme von kultischem Vermögen«. Verbindliche Entscheidungen fallen im Verwaltungsverfahren. Der Rechtsweg steht offen. Art. 18 spricht die Eigentums-garantie für religiöse Organisationen aus. Sie erstreckt sich auch auf das Recht, freiwillige Spenden und andere Einnahmen steuerfrei zu erhalten. Zwangsbeiträge dürfen nicht erhoben werden. In Art. 5 wird jegliche staatliche Finanzierung (Subventionen) religiöser Organisationen ausgeschlossen. Eine wohl auch finanzielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Denkmalspflege, Bildung oder caritativer Leistungen etc. bleibt unberührt.

Die staatskirchenrechtliche Kompetenz von ukrainischer Regierung und ukrainischem Parlament wird insgesamt konsequent behauptet. Beide Institutionen gestalten staatliche Kirchenpolitik, deren Gehalt grundsätzlich in Art. 5 festgeschrieben ist. Ein »staatliches Organ«, das vom Ministerrat gebildet wird und dessen Leiter das Parlament bestimmt (Art. 30), handelt in kirchenpolitischen Fragen souverän und exklusiv. Einer genaueren institutionellen Beschreibung des »staatlichen Organs« enthält sich das Gesetz, seine Aufgaben zählt es hingegen auf (vgl. Art. 14 und 30). Neu ist jedenfalls, daß hier Vertreter von religiösen Organisationen tätig werden können (Art. 30).

Das »staatliche Organ«, dessen Befugnisse noch gesetzlicher Konkretisierung bedürfen, ist nach Art. 30 unzweifelhaft für alle religiösen Organisationen in der Ukraine zuständig, mögen deren Leitungen im Ausland (jetzt besser: im übrigen Ausland) ihren Hauptsitz haben oder in einer anderen Sowjetrepublik (jetzt: Republik der GUS). Das ukrainische Religionsgesetz ist dem Geltungsanspruch nach *lex specialis* gegenüber den Religionsgesetzen der ehemaligen UdSSR und RSFSR. Folglich muß beispielsweise die ukrainische orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats als religiöse Organisation in der Ukraine registriert werden, um Rechtsfähigkeit zu erlangen. Die Römisch-Katholische Kirche wird aus entsprechenden Gründen diplomatische Beziehungen zu Kiev aufnehmen und konkordatäre Vereinbarungen mit der ukrainischen Regierung treffen müssen.

Situation der orthodoxen Kirche in der Ukraine

Auf ihrer dreitägigen Sitzung vor Weihnachten 1991 befaßte sich die Heilige Synode der russischen orthodoxen Kirche auch mit dem Wunsch der ukrainischen orthodoxen Kirche (UOK) nach voller Eigenständigkeit.

Die Bischöfe der UOK hatten sich in einem auf ihrer Sitzung vom 1.-3. November 1991 verfaßten Brief an Patriarch Aleksij II. und den Episkopat der russischen orthodoxen Kirche der Sache nach für die Autokephalie der UOK ausgesprochen. Mit Hinweis auf die panorthodoxe Bedeutung dieser Frage beschloß die Heilige Synode, den Wunsch ihrer ukrainischen Amtsbrüder allen Bischöfen des Moskauer Patriarchats zur weiteren Prüfung und Beurteilung vorzulegen.

Die Entscheidung dieser Frage ist dringlich. Die nunmehr politisch souveräne Ukraine ist in kirchlicher Hinsicht gegenwärtig dadurch geprägt, daß neben der unter der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats stehenden UOK die panorthodox nicht anerkannte getrennte »Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche« (UAOK) und die mit Rom unierte »Ukrainisch-katholische Kirche« (Unierte) in spannungsreichem Nebeneinander existieren.

Es gibt freilich auch Bemühungen, zu einem ausgesöhnten und friedlichen Miteinander im christlichen Geiste zu kommen. Die Bischöfe der UAOK richteten am 4. September 1991 einen Aufruf an die UOK, eine einheitliche »ukrainische Orthodoxie in einer souveränen Ukraine« und einen »Patriarchensitz gemäß dem alt ehrwürdigen Glanz der Kiever Rus'« anzustreben. Die Bischöfe der UOK forderten die UAOK und Unierten in einem Aufruf vom 6. September 1991 ihrerseits auf, in

die »in Einheit mit der ökumenischen Panorthodoxie stehende UOK« zurückzukehren. **Metropolit Filaret** von Kiev und der ganzen Ukraine erklärte in diesem Zusammenhang, seine Kirche werde in Verhandlungen mit der UAOK treten. Der unierte Großerzbischof von Lvov (ehemals Lemberg), **Kardinal Miroslav Ivan Lubacivskij**, schließlich sprach sich dafür aus, »ein Zusammenleben zu beginnen, das auf Frieden und Gerechtigkeit gegründet ist«. Die Priester der Unierten seien angewiesen, in Predigt und Seelsorge für die Einheit und Versöhnung der beiden Kirchen (UOK und Unierte) zu arbeiten.

Die gegenwärtigen kirchenpolitischen Gegebenheiten in der Ukraine sind allerdings für Versöhnung unter den verfeindeten Christen und Einheit der Kirche wenig ermutigend.

Was die **Autokephaliefra**ge angeht, so ist belastend, daß Metropolit Filaret von Kiev und der ganzen Ukraine, der präsumptiv erste Patriarch einer gegebenenfalls eigenständigen UOK, in letzter Zeit in der Öffentlichkeit keinen guten Ruf genießt. Während der Putschtage im August 1991 gab er die Putschisten begünstigende Stellungnahmen ab, und die Presse, insbesondere die Illustrierte »Ogonek«, wirft dem Metropoliten schwere moralische Verfehlungen vor.

Die **Einigung** von UOK und UAOK hinwiederum wird seitens der UAOK nicht einmütig befürwortet. Ihr Patriarch **Mstyslav Skypiuk** (South Bound Brook, N.J., USA), die Bruderschaften und mehrere Geistliche mißbilligen den ausschließlich von den Bischöfen der UAOK verfaßten Aufruf vom 4. September 1991, die eucharistische Gemeinschaft mit der UOK einzugehen. Er widerspreche einem Konzilsbeschluß der UAOK, wonach eine Einigung mit der UOK nur in Frage

komme, wenn die UOK zuvor ihre Vergangenheit — Kollaboration mit dem kommunistischen Regime und dem KGB, Korruption und Simonie — bereut habe. Die Allukrainische Bruderschaft des hl. Andreas der UAOK begrüßt das langfristige Ziel einer eucharistisch einheitlichen Gemeinschaft von orthodoxen Christen in der Ukraine. Für den Dialog mit der UOK fordert sie, eine Kommission (aus Geistlichen und Laienvertretern) zu bilden.

Die Unierten befinden sich an vielen Orten der Ukraine fortgesetzt mit den Orthodoxen im Streit um Gotteshäuser, deren Rückeroberung beide Seiten beanspruchen. Der Kampf um die Nutzung bzw. eigentumsrechtliche Übertragung der Streitobjekte an die eine oder andere Kirche beherrscht regelmäßig die oft gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Gläubigen der UOK, der UAOK und den Unierten. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI 4* [22. 1. 1992] 4, 13–16; *Der Christliche Osten XLVI* [1991] 359)

Kritik am Vatikan

Patriarch Aleksij II. kritisierte bei einer Pressekonferenz anlässlich seines Treffens mit dem Erzbischof von Canterbury Anfang November 1991 das Vorgehen der Katholischen Kirche in der damaligen UdSSR bzw. in Rußland. Er beklagte die Wiederherstellung der unierten ukrainisch-katholischen Kirche sowie die wachsende Präsenz des Katholizismus in Rußland und verurteilte den vom Vatikan begangenen Bruch einer Vereinbarung mit der russischen orthodoxen Kirche, wonach die beiden Kirchen sich nicht gegenseitig Gläubige abwerben sollten. Außerdem bemängelte es Aleksij II., daß der Vatikan

die russische orthodoxe Kirche nicht über seine jüngsten jurisdiktionellen Maßnahmen (unter anderem Ernennung eines Apostolischen Administrators im Rang eines Erzbischofs mit Sitz in Moskau) unterrichtete. (*Herder Korrespondenz* 45 [1991] 588)

Antrittsbesuch des Patriarchen bei Šenuda III.

Patriarch Aleksij II. von Moskau und ganz Rußland stattete Anfang Oktober 1991 in Begleitung des griechischen orthodoxen Patriarchen von Alexandrien und ganz Afrika, Parthenios II., dem koptischen orthodoxen Patriarchen, **Papst Šenuda III.**, in Kairo einen dreitägigen Antrittsbesuch ab. Aleksij II. betonte, die russische orthodoxe Kirche wolle vor allem im Bereich der religiösen Unterweisung von der reichen Erfahrung der koptischen orthodoxen Kirche lernen.

Priestermangel beeinträchtigt kirchliches Leben

In der russischen orthodoxen Kirche herrscht wegen der Wiedereröffnung und Neuerrichtung zahlreicher Pfarreien weiterhin Priestermangel. Die Neugestaltung des Gemeindelebens und der Priesterausbildung genießen dementsprechend künftig höchste Priorität.

Aus der neuesten vom Moskauer Patriarchat publizierten Statistik geht hervor, daß die 93 russischen orthodoxen Diözesen derzeit mehr als 12000 Pfarreien haben. Für sie gebe es jedoch nur 10000 Priester. Damit wären in 20 von 100 Kirchen keine regelmäßigen Gottesdienste gewährleistet. Nach der Statistik besitzt

die russische orthodoxe Kirche 117 Klöster, drei Theologische Akademien in Moskau, St. Petersburg und Odessa, sieben Theologische Seminare und 12 Theologische Schulen, auch in Weißrußland und der Ukraine. (*Katholische Nachrichten-Agentur*, ÖKI Nr. 46 [6. 11. 1991] 13)

Erster Klosterneubau seit der Oktoberrevolution

In der Stadt **Kolyvan** im Gebiet von Novosibirsk baut die orthodoxe Kirche Rußlands zum erstenmal seit der Oktoberrevolution von 1917 ein neues Kloster, wie die russische Nachrichtenagentur RIA berichtet. Die Initiative zum Bau des Frauenklosters geht auf die Jugendbewegung der orthodoxen Kirche Rußlands zurück, die in Kolyvan auch ein internationales Zentrum für Jugendbegegnungen errichten möchte. Die jungen Leute bauen das Kloster in eigener Regie, unterstützt werden sie von jungen Orthodoxen aus Polen.

* In Moskau wurde zum erstenmal ein Gedenkgottesdienst für die neuen Märtyrer, nämlich Erzbischöfe, Metropoliten, Bischöfe, Mönche, Priester und Tausende von Gläubigen zelebriert, die während des bolschewistischen Regimes seit dem Jahr 1917 bis in die jüngste Zeit umgebracht wurden. Mit einem ähnlichen Gottesdienst wurde aller Opfer von Cernobyl' gedacht. (*Ekklesia* 68 [1991] 557)

* 1992 jährt sich der Todestag des heiligen **Sergij von Radonež** zum 600. Male. Die Heilige Synode der russischen orthodoxen Kirche beschloß, die Wiederkehr feierlich zu begehen und traf entsprechende Vorbereitungen.

* »**Resurrection**«, ein Kuratorium von Spezialisten aus der kürzlich gebildeten internationalen Vereinigung zur Unterstützung orthodoxer Christen in Rußland und Osteuropa, tritt dafür ein, der Kirche ihr enteignetes Vermögen etappenweise vollkommen zurückzugeben. Das tausendjährige geistliche und kulturelle Erbe der russischen orthodoxen Kirche, das der ganzen Menschheit gehöre, könne von »Resurrection« in Verbindung mit der russischen orthodoxen Kirche, den russischen Kulturverbänden und der UNESCO kompetent bewahrt werden. [*Stimme der Orthodoxie*, Dezember 1991, S. 12]

* Die erste orthodoxe Buchhandlung in Moskau, die 1991 eröffnet wurde, trägt den Namen »**Orthodoxes Buch**«. Sie hält ein reichhaltiges Angebot an orthodoxen Büchern, Ikonen und Postern bereit. In den ersten Tagen nach ihrer Eröffnung konnte man endlose Kundenschlangen beobachten. Die Heilige Schrift war wegen der großen Nachfrage schon bald vergriffen.

Im April 1991 wurde das orthodoxe Rundfunkprogramm »**Radonež**« erstmals gesendet. Es wird an jedem Mittwoch, Freitag und Sonntag ausgestrahlt. Nach Angaben seines Direktors Jevgenij Nikiforov verfolgt es das Ziel, den Russen dabei zu helfen, »den Glauben ihrer Vorväter zu bewahren und ihn den nächsten Generationen weiterzugeben«. (*Ekklesia* 68 [1991] 557)

* Die 1926 gegründete und 1940 von den sowjetischen Behörden geschlossene **Orthodox-Theologische Fakultät** der Universität in **Kišinev/Moldawien** nahm ihren Lehrbetrieb wieder auf. Insgesamt 50 moldawische Studierende begannen in den Räumen des ehemaligen Geistlichen Seminars das erste Studienjahr. Die Vorlesungen werden in rumänischer Sprache ge-

halten. **Erzpriester Peter Buburus** wurde erster Dekan. (*Stimme der Orthodoxie*, Januar 1992, S. 12)

6. Patriarchat von Serbien

Früherer Patriarch German von Belgrad und ganz Serbien verstorben

Der frühere Patriarch von Belgrad und ganz Serbien, **German**, starb am 27. August 1991 im Alter von 92 Jahren in Belgrad (s. *Ofo* 5 [1991] 409) und wurde in der Belgrader St.-Markus-Kirche beigesetzt. Der Trauerzug, der von der St.-Michaels-Kathedrale durch die Belgrader Straßen führte, war die erste Straßenprozession nach dem Zweiten Weltkrieg.

Patriarch German leitete seine Kirche von 1958 bis zu seinem gesundheitsbedingten Rücktritt Ende 1990. Als Nachfolger wurde der Bischof von Raska-Prizren, **Pavle Stojković**, gewählt.

Der verstorbene Patriarch wurde 1899 im mittelserbischen Josanicka Banja geboren. Er besuchte das Priesterseminar des hl. Savva in Sremski Karlovci, studierte von 1921–1923 Rechtswissenschaft an der Sorbonne in Paris, sodann Theologie in Belgrad. Im Jahre 1924 wurde er zum Diakon geweiht. Nach dem Tod seiner Frau trat er ins Kloster ein und wurde Mönch. 1952 zum Bischof geweiht, bekleidete er zunächst das Bischofsamt in Budapest, sodann das im jugoslawischen Zica. 1958 wurde er zum 43. Patriarchen der orthodoxen Kirche Serbiens gewählt. German besuchte während seiner langen Amtszeit — er war der dienstälteste und älteste Patriarch einer orthodoxen Kirche — alle orthodoxen Schwesterkirchen.

In Patriarch Germans Amtszeit wurde die orthodoxe Kirche Serbiens Mitglied des Weltkirchenrats. Mehr als 40 Kirchen konnten gebaut und mehrere Priesterseminare eröffnet werden. Wurde der Patriarch kritisiert, weil er in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Staat die Interessen der orthodoxen Kirche nicht nachdrücklich genug vertreten habe, so ist es sein unbestrittenes Verdienst, zahlreiche ökumenische Beziehungen, namentlich mit Vertretern der Katholischen und Anglikanischen Kirche, gepflegt zu haben.

Der serbische Patriarch im Phanar

Der serbische orthodoxe Patriarch **Pavle** weilte vom 9. bis 11. November 1991 im Phanar zu einem offiziellen Besuch bei dem Ökumenischen Patriarchen **Bartholomaios I.** Er wurde von dem Bischof von Zica, Stefan, dem Bischof von Novi Sad, Irinej, und dem Erzdiakon Vladimir begleitet. Der Höhepunkt des Besuches war die gemeinsame erzbischöfliche Göttliche Liturgie in der Patriarchalkirche des Phanar. In den Gesprächen wurde vor allem die Gemeinschaft der beiden Kirchen betont. Weitere Gesprächsgegenstände waren der Bürgerkrieg in Jugoslawien, die interorthodoxen Beziehungen, die Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils, die Beziehungen der Orthodoxie zu anderen Kirchen sowie die Frage der Unierten.

Sanierung serbischer Klöster in der Vojvodina

In der Vojvodina wurde damit begonnen, aus der Barockzeit stammende serbische orthodoxe Klöster zu sanieren. Im Mittelpunkt der Arbeiten stehen zehn Klö-

ster auf der Fruska Gora, wo Fresken und Ikonostasen dringend einer Restaurierung bedürfen.

Die Denkmalschutzbehörde der Vojvodina bezog auch das Kloster Mesič im Banat und die beiden Abteien Bodjani und Kivij in der Batschka in das Sanierungsprojekt ein. Kloster Kovilj bei Novi Sad wird in Zukunft ein Zentrum der Pflege mittelalterlicher byzantinischer Kirchenmusik sein, Kloster Mesič bei Vrac ein Zentrum für die Ikonenmalerei. In beide Klöster sind junge Mönche mit hohem Ausbildungsgrad eingetreten.

Neue serbische Eparchie in Kroatien

Patriarch **Pavle** führte am 18. August 1991 den ersten Bischof der neugegründeten orthodoxen Eparchie Osijek-Baranja, **Lukijan Vladulov**, in sein Amt ein. Die Feierlichkeiten fanden in der von serbischen Freischärlern kontrollierten Stadt Dalj statt, deren kroatische Bewohner größtenteils geflüchtet waren. Der Patriarch besuchte an diesem Tag erstmals seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen Kroatien. Bischof Lukijan rief in seiner Ansprache zur Amtseinführung alle aus Ostslawonien geflüchteten Serben zur Rückkehr auf. (*Kathpress* Nr. 157 v. 19.8. 1991)

An die deutsche Öffentlichkeit

»Das serbische Volk ist überrascht und verbittert darüber, wie die deutsche Öffentlichkeit über die Verhältnisse in Jugoslawien überwiegend einseitig und voreingenommen informiert wird«, heißt es in einem offenen Brief aus Belgrad, datiert vom 28. Juli 1991, den vier serbische or-

thodoxe Bischöfe sowie 22 serbische Wissenschaftler und Künstler unterzeichnet haben. An erster Stelle hat Patriarch **Pavle** unterschrieben, es folgen Metropolit **Amfilohije** (Montenegro), Bischof **Afanasije** (Banat) und der neue Bischof der Eparchie für Mitteleuropa (Sitz in Himmelsthür bei Hildesheim), **Konstantin**.

Die Unterzeichner beklagen, daß in deutschen Medien weithin das Bild gezeichnet werde, als seien es die Serben, die das kommunistische Jugoslawien bolschewistisch und autoritär regiert hätten, obwohl politisch und wirtschaftlich der Kroat Josip Broz Tito und der Slowene Edvard Kardelj die Verantwortung trügen. Es sei auch falsch, die Serben als Chauvinisten, Terroristen und Kerkermeister anderer Völker in Jugoslawien zu bezeichnen. Auch die Serben beanspruchten lediglich das Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk. »Wir befürchten, daß durch unwahre Informationen der deutschen Öffentlichkeit beim serbischen Volk der Eindruck hervorgerufen wird, daß alte Bündnisse und Feindseligkeiten aus beiden Weltkriegen wieder entstehen werden«, heißt es in dem Brief, der unter anderem an das gegenüber Serben begangene Unrecht kroatischer Faschisten während des Zweiten Weltkriegs erinnert. In Kroatien bestehe bis heute ein »nationalistisches, nicht entnazifiziertes Regime«, gegen das sich die Reste der dort lebenden Serben gegenwärtig wehren müßten. Die Unterzeichner wünschen freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und Serben und hoffen, daß das geeinte Deutschland nicht voreingenommen die dem serbischen Volk zugefügte Ungerechtigkeit unterstützt.

Neuwahl von Bischöfen

Vom 9. bis 24. Mai 1991 trat die Heilige Synode der orthodoxen Kirche Serbiens zusammen, unter anderem wurden fünf neue Bischöfe gewählt: Archimandrit **Lukijan Vladulov**, Abt vom Kloster Bodjan; Archimandrit **Afanasij Jevtić**, Professor der Theologischen Fakultät von Belgrad; Archimandrit **Artemije Radosavljević**, Abt vom Kloster Crna Reka; Archimandrit **Konstantin Djokić**, Professor am Priesterseminar von Sremski Karlovci; Archimandrit **Grizostom Jević**, Professor am Priesterseminar des Klosters Krka. Von diesen haben die Metropoliten Afanasij Jevtić und Artemije Radosavljević den Doktorgrad der Theologie an der Universität Athen erlangt.

* Patriarch **Pavle** von Belgrad und ganz Serbien und das Oberhaupt der »Freien Serbischen Kirche« unterzeichneten im September 1991 in den USA ein Dokument über die Wiedervereinigung ihrer Kirchen.

* Seit dem letzten Jahr erscheint neben den anderen Publikationen der orthodoxen Kirche Serbiens noch eine weitere Zeitschrift mit dem Namen »**Orthodoxes Werk**«. (*Ekklesia* 68 [1991] 558)

7. Patriarchat von Rumänien

Eröffnung von vier theologischen Instituten

Die Heilige Synode der rumänischen orthodoxen Kirche segnete die Eröffnung von vier theologischen Instituten in Oradea, Pitesti, Arad und Craiova. Sie sollen,

wie vor dem Zweiten Weltkrieg, als Fakultäten den Universitäten angegliedert werden. Neben dem theologischen Studiengang werden Literatur-, Human- und Sozialwissenschaften angeboten. Die Absolventen dieser Studiengänge werden in den Schulen, wo großer Mangel an Religionslehrern herrscht, und im Sozialdienst, in Krankenhäusern, Altersheimen und sonstigen Einrichtungen arbeiten. Der Staat wird diese Vorhaben voraussichtlich finanzieren.

Die allgemeine Lage der christlichen Kirchen in Rumänien ist nach wie vor prekär; die freie Religionsausübung ist ungenügend gewährleistet, der Freiraum für eigene Handlungsmöglichkeiten sehr gering. Die Securitate überwacht die Kirchen mit landesweit etwa 2000 dafür zuständigen Funktionären noch immer weitgehend. Für die orthodoxe Kirche ergeben sich zudem Schwierigkeiten durch die Uniaten und durch den wachsenden Proselytismus seitens protestantischer Freikirchen und Sekten amerikanischer Provenienz. (*Orthodoxie heute* 16 [1991] 26)

8. Patriarchat von Bulgarien

Metropolit in Verfassungskommission gewählt

Metropolit **Pankratij** von Stara Zagora wurde vom bulgarischen Parlament in die Kommission zur Vorbereitung einer neuen Verfassung für die ehemalige Volksrepublik gewählt. Er soll helfen, die künftige Rolle der orthodoxen Kirche in einem demokratisch verfaßten Bulgarien konstitutionell zu bestimmen.

Der Metropolit hat in diesem Zusammenhang bereits Kontakte zu den religiösen Minderheiten des Landes, namentlich den Katholiken, Baptisten und Muslimen, aufgenommen. Alle Religionsgemeinschaften fordern gemeinsam, den vor fast 50 Jahren abgeschafften Religionsunterricht an den Schulen wieder einzuführen.

9. Patriarchat von Georgien

* Katholikos Patriarch **Ilja II.** von Tbilissi und ganz Georgien hat eine Einladung von Papst **Johannes Paul II.** zu einem Besuch in Rom angenommen. Ein Termin steht noch nicht fest.

10. Kirche von Zypern

Anliegen der Christen in der von den Türken besetzten Zone nicht vergessen

Erzbischof Chrysostomos von Zypern hat die USA und die UNO, die sich um eine Friedenskonferenz für die seit 1974 zweigeteilte Mittelmeerinsel bemühen, aufgerufen, die Anliegen der über eine Viertelmillion durch die türkischen Besatzungstruppen vertriebenen orthodoxen, armenischen und maronitischen Christen bei einer künftigen Regelung nicht zu vergessen. Ihnen müsse die Heimkehr und freie Religionsausübung auch dann gewährleistet werden, wenn der derzeit von den Türken besetzte Teil im Norden anerkannt und mit dem griechischen Süden zu einer Bundesrepublik zusammengeschlossen werden sollte. (*Katholi-*

sche Nachrichten-Agentur, ÖKI 40 [25.9.1991] 16)

Fortgesetzte Übergriffe auf orthodoxes Kirchengut in Nordzypern

Die aus der nordzyprischen **Kanakaria-Kirche** entwendeten und in den USA aufgetauchten Mosaiken sind nach einem Urteil des Höchsten Gerichtshofs von Indianapolis Eigentum der orthodoxen Kirche Zyperns. Nachdem sie im Kunstmuseum von Indianapolis drei Monate lang ausgestellt worden waren, kamen sie am 30. August 1991 wieder nach Zypern zurück. (s. auch *Ofo* 5 [1991] 409)

In dem nordzyprischen Dorf **Pano Dikomo** im Bezirk Kyrenia haben die türkischen Besatzungstruppen die griechisch-orthodoxe **Kirche des Propheten Zacharias** dem Erdboden gleichgemacht. Die türkisch-zyprische Zeitung »Ortam« vom 9. Oktober 1991 berichtet, der »Bürgermeister« von Pano Dikomo, der der Partei des türkisch-zyprischen Führers Rauf Denktasch angehört, habe die Zerstörung angeordnet. Wie es in dem Bericht weiter heißt, wurde der Schutt der zerstörten Kirche weggeräumt, um Protestaktionen zu vorzukommen. Für den Abbruch soll eine beträchtliche Geldsumme aufgewendet worden sein. Dieselbe Zeitung enthüllte einen weiteren Skandal. Im Jahre 1974 sollen türkische Militärs insgesamt 69 Ikonen, die sie im **Bistum Kyrenia** »gefunden« hatten, zusammen mit einer Inventarliste Beamten im Schloß Kyrenia abgegeben haben. 1981 wurde laut »Ortam« bei einer Nachprüfung festgestellt, daß alle 69 Ikonen gestohlen worden waren.

Der türkisch-zyprischen Zeitung »Kibris« vom 16. Dezember 1991 zufolge wurden siebzehn Ikonen aus der **Apostel-**

Andreas-Kirche in **Agia Triada** auf der Halbinsel Karpathos über Nacht heimlich weggeschafft. Ein weiteres Beispiel für die Demolierung der Ikonostasen und Altäre in den orthodoxen Kirchen des besetzten Gebietes Zyperns ist der von der zypriotischen Grenzpolizei vereitelte Versuch, drei wertvolle Ikonen des Apostels **Andreas** außer Landes zu schmuggeln.

Inzwischen protestierte Bischof **Gregorios** von Kyrenia in einem Brief an den damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen **Perez de Cuellar** gegen die Zerstörung der Kirche, und der zypriische Minister für Bildung und Wissenschaft **Christoforos Christofides** forderte die UNESCO auf, eine Untersuchung über die systematische Zerstörung zyprischer Kulturgüter durch die türkischen Besatzungstruppen auf Zypern in die Wege zu leiten. (*Zypern Nachrichten* 11 [1991] 6; 3 [1992] 6)

Sechste Versammlung der orthodoxen Bibelwissenschaftler

Vom 27. bis 29. September 1991 fand die »Sechste Versammlung der orthodoxen Bibelwissenschaftler« in Nikosia / Zypern mit dem Thema »Die Apokalypse des Johannes. Philologische, historische, hermeneutische, theologische Probleme« statt. Gastgeber des Kongresses war die orthodoxe Kirche Zyperns. Die Organisation der Veranstaltung übernahm die »Griechische Gesellschaft Biblischer Studien«.

An den drei Kongreßtagen wurden mehr als 10 Vorträge gehalten und zahlreiche Statements zu allen vier Aspekten der Thematik abgegeben.

11. Kirche von Griechenland

»Nationaler Dialog über das Erziehungswesen«

Die griechische Regierung versucht, mit allen Interessierten einen »Nationalen Dialog über das Erziehungswesen« zu führen. Hintergrund dieses Bemühens ist die Krise, in der sich das griechische Erziehungs- und insbesondere das Schulwesen schon seit Jahren befinden. Die Heilige Synode der Kirche Griechenlands forderte in diesem Zusammenhang das Unterrichtsministerium auf, dafür Sorge zu tragen, daß zukünftig auch an den Grundschulen der Religionsunterricht ausschließlich von Diplomtheologen erteilt wird. Dies sei erforderlich, weil in letzter Zeit immer wieder Fälle bekannt wurden, wonach mit dem Fach Religion betraute Lehrer ihre gegen das Christentum gerichteten Überzeugungen den Schülern im Unterricht mitteilten.

Symposium zum bayerischen Philhellenismus

Vom 22. bis 23. November 1991 fand an der Universität München im Rahmen der Feierlichkeiten in Bayern aus Anlaß des »Jahres des Bayerischen Philhellenismus und der Vollendung von 170 Jahren seit Beginn des Freiheitskampfes der Griechen« ein Symposium zu dem Thema »Bayerns Philhellenismus« statt. Das Symposium wurde veranstaltet durch das Institut für Orthodoxe Theologie (Prof. Nikolaou), das Institut für Politik und öffentliches Recht (Prof. Scholler), das Institut für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas (Prof. Grimm) und den Club Grie-

chischer Akademiker (Rechtsanwalt Papa-charalambois) in Verbindung mit dem griechischen Generalkonsulat in München (Generalkonsul K. Rodoussakis).

Es wurden folgende Vorträge gehalten: **Prof. Michael Stathopoulos:** »Bayerns Philhellenismus und die Gesetzgebungspolitik der Bayern in Griechenland«. **Dr. Klaus Vierneisel:** »Ludwigs I. Verlangen nach dem »Reinen Griechischen Stil« in der Kunst«. **Prof. Theodor Nikolaou:** »Der Einfluß Maurers auf die griechische Kirchenpolitik«. **Prof. Emmanuel Turczynski:** »Bayerische Hochschullehrer und griechische Studenten«. **Prof. Gerhard Grimm:** »Das Bild Griechenlands in Bayerns Schulen«. **Prof. Armin Hohlweg:** »Der Philhellenismus und die Anfänge einer neuen Universitätsdisziplin«. **Prof. Heinrich Scholler:** »Die Entwicklung des neuen griechischen Staates aus der Sicht Friedrich von Thierschs«.

Die historischen Vorgänge wurden aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und die Bedeutung der bayerischen »Griechenfreunde« für die Entfaltung des wiedererstandenen griechischen Gemeinwesens bewertet. Die bayerischen Freiheitskorps und die vielfältige Unterstützung des griechischen Kampfes gegen die türkische Oberherrschaft durch die Bayern kamen auf dem Symposium ebenso zur Sprache wie der Einfluß Bayerns auf Griechenland während der Zeit König Ottos (1838–1862), der sich in den Bereichen des Rechts, des Schulwesens, der Kunst und nicht zuletzt der Kirche äußerte. Auch die Rückwirkungen des Freiheitskampfes und der anschließenden »Bayernherrschaft« auf das bayerische Bild der hellenischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wurden bedacht.

Von kirchlich-theologischem Interesse war der Vortrag von Prof. Th. Nikolaou

»Der Einfluß Maurers auf die griechische Kirchenpolitik«. Erwies Maurer sich in weltlichen Angelegenheiten als »wahrer Wohltäter« Griechenlands, so blieb seine Gesetzgebung auf dem Gebiet der kirchlichen Belange nach Nikolaou vor allem aus zwei Gründen ambivalent und anfechtbar: — Maurer erklärte die auch heute gültige Autokephalie der Kirche Griechenlands von ihrer Mutterkirche, dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel, unter Mißachtung der Kanones, d.h. konkret ohne vorherige Verständigung mit dem Ökumenischen Patriarchat. Die herbeigeführte schismatische Situation währte bis 1850. — Sodann führte Maurer ein absolutes Staatskirchentum ein, das im großen und ganzen fast unverändert bis in die jüngste Vergangenheit andauerte. Erst die griechische Verfassung aus dem Jahre 1975 legte das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im Sinne der Synallilie fest.

Zehn Jahre Ziviltrauung in Griechenland

Im Dezember 1981 war in Griechenland die Ziviltrauung eingeführt worden. Ihre Akzeptanz in der Bevölkerung ist bislang gering. Belief sich im Jahre 1983 die Zahl der Ziviltrauungen in Athen auf 14 % aller Trauungen, so betrug sie 1990 nur 9 %. Schon in den ersten drei Jahren nach Einführung der Ziviltrauung bevorzugten sie im Landesdurchschnitt nur etwa 15 % der Eheschließenden in Großstädten und nur knapp 3–5 % derjenigen auf dem Lande. (*Ephemerios*, Heft 18 [15. 12. 1991] 380)

* Am 5. Januar dieses Jahres starb im Alter von 89 Jahren **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Johannes N. Karmiris**, einer der bedeutendsten und international anerkannten orthodoxen Theologen unseres

Jahrhunderts. Der 1903 in Brallos/Griechenland geborene Theologe hatte seit 1939 und bis zu seiner Emeritierung den Lehrstuhl für Dogmatik, christliche Ethik, Dogmengeschichte und Symbolik an der Theologischen Fakultät von Athen inne. Außerdem hat er eine wichtige Rolle sowohl bei dem orthodox-alkatholischen Dialog als auch bei anderen Dialogen der Orthodoxen Kirche gespielt. Erwähnenswert sind schließlich einige seiner zahlreichen wichtigen Werke, wie z. B.: 1) *Dogmatica et Symbolica Monumenta Orthodoxae Catholicae Ecclesiae*, 2 Bände, Editio secunda, Graz 1968; 2) *Dogmatik*, Teil V., *Orthodoxe Ekklesiologie*, Athen 1973 (griech.) und 3) *Abriß der dogmatischen Lehre der orthodoxen katholischen Kirche*, in: *Die orthodoxe Kirche in griechischer Sicht*, 1. Teil, hg. v. *Pan. Bratsiotis*, Stuttgart 1959, S. 15–120.

12. Kirche von Polen

Die Orthodoxie in Portugal

Die orthodoxe Kirche in Portugal, die unter der Obhut der orthodoxen Kirche von Polen steht, hat gegenwärtig 20 Gemeinden und 25 Missionszentren mit 30 Geistlichen. Sie unterhält Kindergärten und Altenheime; in ihrem Bereich gibt es 5 Klöster mit 40 Nonnen und 5 Mönchen. Vorsteher der ca. 12 000 Gläubige zählenden portugiesisch-orthodoxen Kirche ist der **Metropolit Gabriel**, ein Einheimischer. (*Christianiki* 399 [1991] 12)

13. Kirche von Albanien

Reorganisation der orthodoxen Kirche Albaniens

Albanien erlebt ein bemerkenswertes Wiedererstarken des kirchlichen und religiösen Lebens. Eine Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) zeigte sich nach einem Besuch des Landes erstaunt, daß nach jahrzehntelanger kompromißloser Verfolgung jeder religiösen Tätigkeit in Albanien noch so viele Menschen gläubig geblieben seien. Ihren Angaben zufolge haben die Kirchen einen »hohen moralischen Kredit«. Die Menschen vertrauen ihnen, weil sie nicht mit dem kommunistischen Regime kollaborierten.

Der Exarch des Ökumenischen Patriarchates in Albanien, **Metropolit Anastasios Yannoulatos**, beendete im Herbst 1991 inzwischen seinen ersten zweimonatigen Aufenthalt in Tirana. In Athen ersuchte er den damaligen griechischen Außenminister Samaras um Unterstützung bei den vielfältigen karitativ-sozialen Aufgaben der orthodoxen Kirche in der völlig verarmten ehemaligen Volksrepublik.

Außerdem besuchte der Metropolit Anastasios zusammen mit dem Generalsekretär des orthodoxen Kirchenrates Albaniens, Alekos Dimas, und dem Professor Elias Popas vom 26. bis 27. November 1991 den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf. Ziel dieser Reise war die seitens des ÖRK geplante Bereitstellung eines innerchristlichen Unterstützungsprogramms für die bedürftige orthodoxe Kirche in Albanien.

Orthodoxe Kirche Albaniens als Mitglied der KEK

Während der vom 13. bis 19. Februar 1992 in Genf stattfindenden Versammlung des Präsidiums und des Ratskomitees der Konferenz Europäischer Kirchen wurde die autokephale orthodoxe Kirche von Albanien durch Zuruf als Vollmitglied in diese europäische Organisation aufgenommen; etwas, was zuvor der Exarch des Ökumenischen Patriarchates, Metropolit Anastasios Yiannoulatos und der Generalsekretär des albanisch-orthodoxen Kirchenrates, Alekos Dimas beantragt hatten. Die offizielle Aufnahmezeremonie wird im Rahmen der 10. Vollversammlung der KEK im September dieses Jahres in Prag stattfinden.

* In der südalbanischen Stadt Gjirokastr wurde die im Zentrum gelegene Kirche der Verklärung Christi mit Unterstützung des griechischen Roten Kreuzes und der griechischen Hypothekenbank wiederhergestellt. Die Stadtverwaltung von Gjirokastr gab die Kirche, die seit 1967 als »Kulturpalast« gedient hatte und mehrmals umgebaut worden war, der orthodoxen Kirche im Herbst 1990 zurück. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI* 50 [4. 12. 1991] 17)

B. Altorientalische Kirchen

Gründung der armenischen Diözese in Deutschland

Seit Juli 1991 ist auf Anordnung Seiner Heiligkeit **Vasken I.**, des Katholikos aller Armenier, der Sprengel Deutschland zur

Diözese der Armenischen Kirche in Deutschland erhoben worden. Ihr Prälat und Primas der Armenier in Deutschland mit Sitz in Köln ist Archimandrit **Karekin Bekdjian**.

Der 1941 in Istanbul geborene Dikran Bekdjian hat dort zuerst Soziologie und Geschichtswissenschaften und dann in Deutschland Pädagogik und Psychologie studiert. Seit 1973 war er in Marseille als Priester tätig, bevor er im April 1991 von Vasken I. zum Primas der Armenier in Deutschland ernannt wurde.

Zu den Aufgaben des neuernannten Prälaten gehört unter anderem die Aufsicht über die rechte religiöse Erziehung, die regelmäßige gottesdienstliche und seelsorgerliche Versorgung der insgesamt etwa 20 000 Gläubige umfassenden Gemeinden und die Durchführung von allen kirchlichen Gottesdiensten und Ritualen wie Trauung, Taufe und Beerdigung. Für die Ausbildung von Kirchensängern und Diakonen will Bekdjian Schulen einrichten. Eine weitere wichtige Aufgabe sieht er in der Förderung der Einheit und des Dialogs unter den Christen durch die Pflege von ökumenischen Beziehungen mit allen christlichen Kirchen. (*Armenisch-Deutsche Korrespondenz*, 74 [Dezember 1991] 39–42)

Neuer Metropolit von Jerusalem

Erzpriester **Sidrakel el Anba Bishoi** ist neuer Metropolit von Jerusalem und dem Nahen Osten. Papst **Šenuda III.** weihte den 48jährigen Priestermonch, der zuletzt Seelsorger für die koptischen orthodoxen Christen in der Schweiz war, in Kairo zum Bischof. Als Metropolit **Abraham** ist er Nachfolger des kürzlich verstorbenen Metropoliten **Basilios**, der sein Amt seit 1959

innehatte. Anba Abraham versicherte, er wolle die ökumenische Zusammenarbeit vorantreiben. Als seine Hauptaufgabe sieht der aus der oberägyptischen Diözese Sohag stammende Metropolit die Förderung und Unterstützung der Friedensbemühungen im Nahen Osten an. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI* 52 [18.12.1991] 20)

Rücktritt des Patriarchen

Patriarch Merkorios, seit 1988 Oberhaupt der äthiopisch-orthodoxen Kirche, trat Ende Oktober 1991 von seinem Amt zurück. Dem Patriarchen wurde nach dem Sturz des kommunistischen Regimes unter Mengistu Haile Mariam im Frühjahr 1991 Kollaboration mit dem Diktator vorgeworfen. Tausende von Gläubigen forderten in Demonstrationen die Ablösung des diskreditierten Patriarchen; auch die Bischöfe verlangten den Rücktritt des Kirchenoberhauptes. Bis zur Wahl eines neuen Patriarchen leitet ein Kollegium von fünf Bischöfen die Kirche interimistisch. (*Herder Korrespondenz* 45 [1991] 588)

Ein Koptisch-Orthodoxer aus Ägypten als Generalsekretär der UNO

Am 1. Januar 1992 trat **Butros Ghali** sein Amt als Generalsekretär der Vereinten Nationen an. Der 69jährige Ägypter gehört der Koptischen Orthodoxen Kirche an. Als Mitglied der reichsten und mächtigsten Familie innerhalb der koptisch-orthodoxen Minderheit am Nil schienen ihm alle Türen offen zu stehen. Das königliche Ägypten gab Christen bei der Besetzung von hohen Staatsämtern oft den Vorzug. Ghali schien sich freilich auf ein Abstell-

gleis manövriert zu haben, als er eine Jüdin aus angesehener Kairoer Familie heiratete. Es gab damals zwar noch keinen politischen Antisemitismus, doch waren die Kopten den Juden vielfach feindlich gesonnen.

Zu einem Zeitpunkt, da die Jerusalem- und Palästinafrage sowie das dornige Zypernproblem auf der Tagesordnung stehen, wird Ghali nach New York berufen. Die Vereinten Nationen setzen große Hoffnungen in den Baumeister der ersten Verhandlungslösung im Nahen Osten. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI* 51 [11.12.1991] 20)

C. Orthodoxie und Ökumene

Hoffnung, den Dialog zu retten

Vom 11. bis 15. Juni 1991 tagte das Koordinierungskomitee der Internationalen Gemischten Katholisch-Orthodoxen Kommission in Ariccia unweit von Rom. Die Sitzungen wurden vom griechisch-orthodoxen Erzbischof **Stylianos Harkianakis** von Australien und von Kardinal **Edward Idris Cassidy**, dem Vorsitzenden des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, geleitet.

Drei Unterkommissionen hatten vom 18.–24. März 1990 in Wien, vom 26.–30. Dezember 1990 und vom 2.–9. März 1991 in Rom Texte zum Uniatismus ausgearbeitet. Das Koordinierungskomitee erarbeitete darauf aufbauend das zusammenfassende Dokument »Der Uniatismus, die Unionsmethode der Vergangenheit und die heutige Suche nach der Gemeinschaft«, das in der nächsten Plenarsitzung der Ge-

mischten Kommission, die voraussichtlich vom 17. bis 26. Juni 1992 in Balamond im Libanon tagen soll, zur Diskussion vorliegen wird.

Die Beratung des von drei Unterkommissionen (1989) und dem Koordinationskomitee (1990) vorbereiteten Dokumententwurfs über die »Konziliarität und Autorität in der Kirche« wurde zurückgestellt. Die Fragen des päpstlichen Primats und der Unfehlbarkeit sollen zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden. Stattdessen behandelt die Gemischte Kommission auf Drängen der Orthodoxen Kirche zunächst das Problem des Uniatismus und der Tätigkeit der mit Rom unierten Kirchen des byzantinischen Ritus. Seit den politischen Veränderungen in Osteuropa sind dort teilweise gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Uniaten und Orthodoxen zu beobachten.

Das Ringen um eine angemessene theologische Antwort darauf ist mühsam. Dies zeigte auch das Treffen in Ariccia, dem schwere und dramatische Momente nicht fehlten. Die Gemischte Kommission hatte in Freising (Juni 1990) den Uniatismus als Methode auf der Suche nach der Einheit verworfen (Freisinger Dokument 6b; vgl. *Ofo* 4 [1990] 292–295, bes. 294). In Ariccia versuchten katholische Dialogteilnehmer, diesen gemeinsam erarbeiteten Standpunkt abzuschwächen, was auf unterschiedenen Widerstand der Orthodoxen traf.

Der katholisch-orthodoxe Dialog befindet sich gegenwärtig in einer sachlich schwierigen und atmosphärisch belasteten Phase. Davon zeugt nicht zuletzt der offizielle Pressebericht zum Abschluß der Session in Ariccia. Es heißt dort: »Die Sessionsteilnehmer gingen in der Hoffnung auf die Zukunft des Dialoges auseinander«. Im ersten Entwurf war noch von

»großer Hoffnung« die Rede. Auf Antrag eines orthodoxen Teilnehmers ließ man das Adjektiv fallen. Die Diskussion gab keinen Grund zu einer »großen Hoffnung«. (*Ostkirchliche Studien* 40 [1991] 306 f.)

Während der Vatikan in einem Rückblick auf das Jahr 1991 die Kontakte mit den Lutheranern als erfolgreich bezeichnet und konstatiert, es sei »im lutherisch-katholischen Dialog inzwischen ein »mustergültiges« gegenseitiges Vertrauen gewachsen«, schätzt die Katholische Kirche ihre Beziehungen zu der Orthodoxen Kirche als »angespannt, mitunter sogar »chaotisch« ein; allerdings meint Bischof Pierre Duprey, der den katholisch-orthodoxen Dialog seit den 60er Jahren fördert, die zentralen Streitpunkte müßten im Gespräch überwunden werden. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI* 6 [5.2.1992] 17)

Keine gemeinsame Eucharistiefeier

Die Orthodoxe Kirche wird auch weiterhin mit den Partnerkirchen im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) nicht gemeinsam die Eucharistie feiern. Die orthodoxen Vertreter im Zentralausschuß des ÖRK betonten, solange fundamentale Meinungsverschiedenheiten in Glaubensfragen bestünden, etwa zu Kirchenverfassung und geistlichem Amt, könnten sie aus Gewissensgründen nicht mit anderen Christen »aus einem Kelch trinken«.

Ökumenische Beziehungen suspendiert

Fünf orthodoxe Kirchen in **Nordamerika** haben ihre Mitgliedschaft im Nationalen Kirchenrat der USA wegen dessen

Haltung zur Sexualethik vorläufig suspendiert. Zugleich haben sie ihre ökumenischen Kontakte zur Episcopal Church der USA und anderen anglikanischen Kirchen wegen deren Haltung zur Frauenordination vorläufig unterbrochen. (*Ökumenische Rundschau* 40 [1991] 518)

Treffen zwischen Delegationen der serbisch-orthodoxen Kirche und der römisch-katholischen Bischofskonferenz Jugoslawiens

Mit dem Krieg in Jugoslawien haben sich der Patriarch Serbiens, **Pavle**, und der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Jugoslawiens, **Kardinal Kuharić**, bei ihrem Treffen am 7. Mai 1991 in Slavonski Brod beschäftigt. Den aktuellen Konflikt verurteilend, haben sie beide in ihrem am 24. August abgegebenen Kommuniqué u. a. alle Christen zu Frieden und Umkehr aufgerufen: »Wir rufen alle Gläubigen unserer Kirchen, der orthodoxen und der römisch-katholischen, wie auch alle anderen Menschen, die an Gott glauben, auf: Betet zusammen mit uns für Frieden und Umkehr! Wir appellieren an alle anderen Menschen guten Willens, daß sie sich unseren Bemühungen anschließen und daß wir alle zusammen am Frieden bauen. Ebenso bitten wir alle, die sich in dem Gebiet befinden, daß uns, den orthodoxen und den römisch-katholischen Bischöfen, ebenso den Priestern beider Kirchen in den vom Krieg betroffenen Zonen eine ungehinderte Ausübung des pastoralen Dienstes ermöglicht werde. Laßt uns durch! Nehmt uns an!« (*ECH — Informationen* 19 [1991] 24)

Auf Initiative und Einladung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Europäischen Bischofskonferenz der Rö-

misch-Katholischen Kirche (CCEE) hat ebenfalls vom 21. bis 23. Januar 1992 in St. Gallen/Schweiz ein weiteres Treffen zwischen Delegationen des orthodoxen Patriarchates von Serbien und der römisch-katholischen Bischofskonferenz von Jugoslawien stattgefunden. Dieses Treffen zielte auf eine für beide Seiten friedliche und gerechte Lösung des serbokroatischen Konfliktes. Im gemeinsamen Kommuniqué, das vom Metropoliten von Montenegro, **Amphilochije**, und dem Erzbischof von Belgrad, **Franc Perko**, unterschrieben wurde, wird einstimmig der Krieg verurteilt und der religiös-kirchliche Charakter des Streites abgelehnt. Schließlich haben sich beide Seiten geeinigt, ohne Verzögerung den Dialog vorzüglich in ihrem eigenen Land fortzusetzen. (*Enimero-sis* H-1992/1, 3-4)

»Middle East Symposium« im ägyptischen Wadi Natrun

Die fünf Wiener »Pro Oriente«-Konsultationen altorientalischer und katholischer Theologen zwischen 1971 und 1988 ergaben, daß die beiden Kirchenfamilien die auf dem Konzil von Chalkedon 451 kirchentrennende Frage — wie kann ausgedrückt werden, daß Christus wahrhaft Gott und wahrhaft Mensch ist — heute gemeinsam widerspruchsfrei beantworten.

Diese neugewonnene christologische Übereinstimmung wurde vom 26. bis 28. Oktober 1991 auf Einladung des koptischen orthodoxen Patriarchen von Alexandria, Papst **Šenuda III.**, bei einer Tagung im Wüstenkloster Anba Bishoi im ägyptischen Wadi Natrun vor 120 altorientalischen und katholischen Bischöfen, Theologen und Kirchenjournalisten dargelegt. In der Vergangenheit wurden die altorien-

talischen Christen fälschlich als Monophysiten bezeichnet; man unterstellte ihnen damit, daß sie das Menschsein Christi leugneten und ihm nur eine Natur, die göttliche zuschrieben. Es wird erwartet, daß diese Polemik zukünftig unterbleibt.

Weitere Tagungen dieser Art, die der ökumenischen Annäherung zwischen den Altorientalischen Orthodoxen Kirchen und der Römisch-Katholischen Kirche dienen sollen, wurden für 1993 in Kerala/Indien und daran anschließend im Zwei-Jahres-Rhythmus in Äthiopien, Armenien und Syrien geplant. Gegenstand dieser Symposien könnte unter anderem sein, die Aufhebung der gegenseitigen »Anathemen« zu erörtern, die Zulassung zu den Sakramenten zu bedenken, die Klärung der Mischehenfrage zu fördern und die Frage der neuerlichen Taufe bei Kirchenübertritt zu behandeln. Experten sollte es vorbehalten bleiben, schwierige Themen wie Proselytismus, die Möglichkeit eines Allgemeinen Konzils aller Kirchen, die Unfehlbarkeitsfrage sowie Konsequenzen der Konziliarität zu untersuchen. Hierzu zähle auch, die liturgische Tradition und das monastische Leben in Ost und West zu vergleichen.

Die arabisch-christliche Öffentlichkeit maß der Tagung große Bedeutung bei. Namhafte Orthodoxe, wie die griechisch-orthodoxen Patriarchen Parthenios III. von Alexandrien und Ignatios IV. Hazim von Antiochien, nahmen an der Tagung teil. (*Der Christliche Osten* XLVI [1991] 357)

Strukturreform des ÖRK

Vom 20. bis 27. September 1991 trat in Genf der von der VII. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im Februar 1991 in Canberra/Australien (s. dazu *OFo* 5 [1991] 169–

171) neu gewählte Zentralausschuß des ÖRK zu seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war eine Neustrukturierung der gesamten Arbeit des ÖRK, vor allem seiner Genfer Zentrale. Unter der Leitung seines neuen Vorsitzenden Erzbischof **Aram Keshishian** von der orthodoxen Kirche Armeniens nahm der Zentralausschuß den von einer in Canberra eingesetzten Beratungsgruppe erstellten »Entwurf einer leistungsfähigeren Organisationsstruktur« ohne wesentliche Änderungen an.

Der ÖRK hat nunmehr folgende Einheiten: I. »Einheit und Erneuerung«, II. »Mission, Bildung und Zeugnis«, III. »Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung«, IV. »Teilen und Dienst«. Im Unterschied zu den früheren Einheiten sollen die neuen »ökumenisch beziehungsorientiert, kooperativ und integrierend« arbeiten, was für den Mitarbeiterstab eine größere Flexibilität in der Zuordnung zu einzelnen Aufgaben bedeutet. Die Koordinierung sowie die Beziehungen zu den Kirchen wie zu nichtchristlichen Glaubensgemeinschaften obliegen in Zukunft zusätzlich zur Verwaltung und der Information dem Generalsekretariat, das damit eine Aufwertung erfahren hat.

Im Blick auf die Konkretisierung der neuen Struktur des ÖRK bleiben noch viele Fragen offen, zumal 1992 die Amtszeit des jetzigen Generalsekretärs **Emilio Castro** ausläuft und ein geeigneter Nachfolger erst noch gefunden werden muß.

Anlaß für die vorgenommene Reform waren sowohl praktisch-organisationsstrukturelle Erwägungen als auch erhebliche theologische und ekklesiologische Bedenken gegen einige Entwicklungen in der Arbeit des ÖRK. Hinzu kam der insbesondere von orthodoxer Seite zuletzt in Canberra unüberhörbar vorgetragene Wunsch,

Selbstverständnis und Arbeitsweise des ÖRK auch von der Sache her neu zu bedenken (siehe *Ofo* 5 [1991] 361–364). Es wurde gefordert, sich wieder des ursprünglichen Auftrags zu besinnen, gerade auch deshalb, weil in den letzten Jahrzehnten zahlreiche weltweit sich zeigende Herausforderungen kirchlichen Lebens als neue Arbeitsbereiche hinzugekommen waren. Schwerer noch wogen freilich die theologischen und ekklesiologischen Überlegungen der Orthodoxen Kirchen, die sie in ihrer Konsultation »Die orthodoxen Kirchen und der Ökumenische Rat der Kirchen« vom 12. bis 16. September 1991 unmittelbar vor der Sitzung des Zentralausschusses angestellt hatten. Als Voraussetzung für ihre Mitgliedschaft im ÖRK mahnten sie eine Konzentration auf das Bemühen um eine sichtbare Einheit der Kirche an, und zwar auf der Grundlage des apostolischen Glaubens — gemäß der Basisformel, der Verfassung und der Satzung des ÖRK. Zudem wiesen sie darauf hin, daß der ÖRK ein Rat von Kirchen sei und nicht ein Zentrum ökumenisch engagierter einzelner Gruppen oder Bewegungen. In Erinnerung gerufen wurde die Erklärung des Zentralausschusses 1950 in Toronto über die ekklesiologische Bedeutung des ÖRK. Danach ist der ÖRK keine »Über-Kirche«, die Mitgliedschaft im ÖRK bedeutet keine Relativierung der eigenen Auffassung von der Kirche. Die Orthodoxen Kirchen stellten die Toronto-Erklärung deutlich einer dreifachen Entwicklung im ÖRK entgegen: 1. dem Verständnis von Verbindlichkeit, wie es sich vor allem bei den »Bundesschlüssen« auf der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul gezeigt hatte, 2. dem Verständnis offizieller kirchlicher Vertretung, wie es in der Quotenregelung bei der Wahl der

Leitungsgremien des ÖRK wirksam wird, und 3. einem allzu unkritisch zugelassenen stetigen Zuwachs der Mitgliedschaft im ÖRK durch Aufnahme oft sehr kleiner Kirchen aus der Dritten Welt, die wenig Verständnis für die traditionellen ekklesiologischen Fragen wie auch für die ursprüngliche Zielsetzung des ÖRK mitbringen.

Mit ihrer Mahnung, daß es nach Canberra nicht zu einer untrinitarischen, nicht eindeutig am Wort Gottes orientierten Pneumatologie kommen dürfe, die sich zur Rechtfertigung geistiger Strömungen und Neuaufbrüche in und außerhalb der Kirche zu unkritisch auf den Heiligen Geist und die Freiheit seines Wirkens berufe, stehen die Orthodoxen nicht alleine da. Viele Delegierte des Zentralausschusses aus anderen Kirchen konnten sich mit diesem Anliegen identifizieren. (*Katholische Nachrichten-Agentur*, ÖKI 42/43 [9.10.1991] 17–20)

Neuer ökumenischer Zusammenschluß der Kirchen in Deutschland

Am 1. Januar 1992 trat die gemeinsam erarbeitete **neue Satzung** der gesamtdeutschen »**Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik e. V.**« (ACK) in Kraft (s. auch *Ofo* 5 [1991] 168). Die Delegierten aus Ost und West hatten sie zuvor auf ihrer letzten gemeinsamen Mitgliederversammlung der beiden alten Arbeitsgemeinschaften, die vom 27. bis 28. November 1991 in Eisenach/Thüringen stattfand, einstimmig bestätigt. Die ACK-Ost setzte dabei mit Wirkung vom 31. Dezember 1991 ihre bisher gültigen Richtlinien außer Kraft.

Die neue Satzung sieht eine dreigestufte Zugehörigkeit zu der ACK vor, nämlich die volle Mitgliedschaft, die Gastmit-

gliedschaft und den ständigen Beobachter in der Mitgliederversammlung. Die Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland — Exarchat von Zentraleuropa und die Syrisch-Orthodoxe Kirche von Antiochien in Deutschland gehörten zu den Gründungsmitgliedern der neuen ACK. Die orthodoxe Kirche Rußlands hat für ihre Diözesen in Deutschland die volle Mitgliedschaft in der neuen ACK beantragt.

In der neuen Mitgliederversammlung werden die Evangelische Kirche in Deutschland und die Römisch-Katholische Kirche mit je 7, die Evangelisch-Methodistische Kirche und der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden mit je 3, die Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland mit 2, die übrigen Mitgliedskirchen mit je 1 Delegierten vertreten sein. Die Gastmitglieder wirken mit beratender Stimme mit und haben je einen Delegierten.

In einer einstimmig angenommenen Erklärung appellierten die beiden Arbeitsgemeinschaften »mit allem Nachdruck« an die Friedensbereitschaft der Bürgerkriegsparteien in Jugoslawien und ermutigten die Kirchen in Kroatien und Serbien, »alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um auf Versöhnung und Frieden zwischen den verfeindeten Völkern hinzuwirken.« In der Entschließung werden zudem die deutsche Bundesregierung und die Verantwortlichen der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, »noch energischer alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Konfliktparteien auf friedlichem Wege zur Beendigung der Kämpfe und zur Aufnahme von Verhandlungen zu bringen.« (*Oikoumene*, Rundbrief der Ökumenischen Centrale, 20 [Dezember 1991] 3f.)

* Anfang März 1992 wollen sich Vertreter der russischen orthodoxen Kirche und der Römisch-Katholischen Kirche zu Gesprächen in Genf treffen. Nach Angaben von Kardinal **Edward Idris Cassidy**, dem Leiter des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, sollen bei dem Treffen die Fragen besprochen werden, »die uns derzeit trennen«. Cassidy zufolge beruhen viele der Schwierigkeiten zwischen der Orthodoxen und Katholischen Kirche auf Mißverständnissen.

Patriarch **Aleksij II.** von Moskau und ganz Rußland hatte der Katholischen Kirche in letzter Zeit wiederholt vorgehalten, sie betreibe im Wirkungsbereich des Moskauer Patriarchats Proselytismus, baue parallele Kirchenstrukturen auf und fördere, besonders in der Ukraine, den Uniatismus.

* Der Metropolit von der Schweiz, **Damaskinos Papandreou**, sieht in der Trennung der Christenheit eine schwere Belastung für die Botschaft des Evangeliums in der Welt. Eine Neu-Evangelisierung Europas sei nur erfolgversprechend, wenn jede Kirche die anderen Kirchen und Konfessionen bei ihrer Arbeit in uneigennütziger Weise unterstütze. Alle Fehler, die durch die Kirchen begangen würden, müßten »normalerweise auf die ganze Christenheit zurückfallen und von allen bezahlt werden«.

Die Orthodoxe Kirche, so Damaskinos, bleibe ihrem Kirchenverständnis treu. Die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen bedeute nicht, daß sie »die Idee einer Gleichheit der Konfessionen« akzeptiere. Der Metropolit befürwortete ausdrücklich, den Dialog zwischen Orthodoxer und Katholischer Kirche fortzusetzen, »damit die so ersehnte Wiederherstellung der vollkommenen Gemeinschaft bald

Wirklichkeit werden kann«. Er äußerte die Ansicht: »Wir haben die Pflicht vorwärts-zukommen, denn wir glauben, daß die meisten Unterschiede zwischen uns als legitime theologische Entfaltungen ein und desselben Glaubens im Osten und im Westen zu verstehen sind und nicht als Trennungen in der einen Tradition des Glaubens selbst«. (*Katholische Nachrichten-Agentur, ÖKI 1/2 [1992] 11*)

D. Sonstiges

Europäische Sondersynode in Rom

Vom 28. November bis 14. Dezember 1991 fand in Rom die von der Römisch-Katholischen Kirche veranstaltete Sondersynode für Europa und die Ökumene statt, zu der auch orthodoxe Kirchen Teilnehmer entsandten. Für die in Rom Versammelten bestand kein Zweifel, daß Europa sowohl im Osten wie im Westen in weitesten Teilen Missionsland ist. »In einer solchen Lage« — so die Abschlusserklärung der Synode — »hängt sehr viel vom glaubwürdigen Zeugnis des verkündigten und gelebten Evangeliums ab«. Europa am Vorabend des dritten Jahrtausends, heißt es weiter, brauche »Priester, Ordensleute und Laien, die tief im Boden des Glaubens verwurzelt und darum fähig sind, in einen vielseitigen Dialog einzutreten«. Die Synode wünsche, daß dieser Dialog aufrichtig und klug geführt werde, nicht zu Relativismus führe und nicht das Bewußtsein von der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Auftrages Christi zur Verkündigung mindere, sondern vielmehr den Glauben stärke.

Die Neu-Evangelisierung Europas ist nach den Worten Papst **Johannes Pauls II.** unumgänglich. Die Synode schloß sich dieser Auffassung an. Sie verwies auf »ein tiefes Auseinanderklaffen — allgemein gesprochen — zwischen Glaube und Kultur, Glaube und Leben ... In dieser Situation ist es eine drängende Aufgabe der Kirche, die befreiende Botschaft des Evangeliums erneut den Menschen Europas zu bringen«. Das glaubwürdige Zeugnis, um das sich die Synode bemühte, vermochte sie indessen »nicht ganz« abzulegen.

Herrschte Einmütigkeit, als es um Fragen und die Bewertung des interreligiösen Dialogs, insbesondere mit Juden und dem Islam, ging, so empfahl die Synode weder Lösungen für die gegenwärtigen innerkirchlichen Probleme, noch gab sie Antworten auf die brennenden Fragen des Uniatismus und des belasteten Dialogs mit der Orthodoxen Kirche.

Zu nicht nur in der Katholischen Kirche innerkirchlich sehr kontroversen Fragen hielt der Weihbischof von Schwerin, **Norbert Werbs**, in Anwesenheit von Papst Johannes Paul II. eine beachtenswerte Rede. Er machte auf einige »Lasten« aufmerksam, »bei denen wir uns ernsthaft fragen müssen, ob sie so auferlegt werden dürfen, wie es gegenwärtig geschieht«. Dazu zählte er die Partizipationsdefizite in der kirchlichen Hierarchie, Abtreibung und Empfängnisverhütung, Frauenemanzipation und die Leitung der Kirche, Zeugnisfreiheit in der Verkündigung der Frohen Botschaft und »Kirche der Vorschriften, der Bevormundung und Gängelerei«. Im Verlauf der Kirchengeschichte habe sich das Evangelium immer wieder von »geschichtlichen, kulturellen, philosophischen oder anders bedingten Lasten« befreit, begründete der Weihbischof seine

Ausführungen. Er glaube, dies werde sich fortsetzen und wohl immer mit »schmerzlichen Auseinandersetzungen« verbunden sein.

Das Problem des Uniatismus und die Tätigkeit der mit Rom unierten Kirchen des byzantinischen Ritus führte bereits im Vorfeld der Sondersynode zu Dissonanzen. Patriarch **Aleksij II.** von Moskau und ganz Rußland hatte die Einladung zu der Synode in Rom mit dem Vorwurf an den Vatikan nicht angenommen, die Katholische Kirche errichte auf russischem Territorium eigene kirchliche Strukturen und betreibe Proselytismus.

In einer Erklärung vor der Synode nahm Kardinal-Staatssekretär **Angelo Sodano** deshalb ausführlich dazu Stellung, was die Katholische Kirche in Rußland tue und wolle. Er betonte, der Katholischen Kirche gehe es um »pastorale Fürsorge« gegenüber ihren Gläubigen, die in Rußland sehr verstreut lebten.

Bezüglich des Uniatismus-Problems ergriff der orthodoxe **Metropolit Spyridon** von Italien als Vertreter des Ökumenischen Patriarchats das Wort, und nachdem er auf die aktuellen Schwierigkeiten besonders in den osteuropäischen Ländern aufmerksam gemacht hatte, legte ausführlich und deutlich den orthodoxen Standpunkt dazu dar. (*Katholische Nachrichten-Agentur*, *ÖKI* 53/54 [24. 12. 1991] 18–23; 7 [12. 2. 1992] 15–16)

Enttäuschung der Europäischen Kirchen über Vatikan-Synode

In einer Erklärung vom 13. Dezember 1991 gab die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) ihrer tiefen Enttäuschung über die Europa-Synode der Römisch-Katholi-

schen Kirche in Rom Ausdruck. Die Genfer Organisation, der 120 orthodoxe, anglikanische und evangelische Kirchen in Europa angehören, vermißt Zeichen einer neuen Zusammenarbeit und Partnerschaft aller christlichen Kirchen Europas.

Die KEK kritisierte scharf die Haltung des Vatikans zum Krieg in Jugoslawien, wobei betont wurde, in der Botschaft der Sondersynode zum jugoslawischen Problem sei nur vom Leiden des kroatischen Volkes und nicht von dem aller übrigen Völker die Rede. (*ECH* 19 [1991] 4)

Römisch-katholisches Lehrschreiben über die Gottesmutter

Die Deutsche Bischofskonferenz der Katholischen Kirche wird nach Angaben ihres Vorsitzenden, des Mainzer Bischofs **Karl Lehmann**, im Frühjahr 1992 ein Lehrschreiben über die Gottesmutter Maria vorlegen. Bischof Lehmann wies darauf hin, daß die Beschäftigung mit dem biblischen Bild der Gottesmutter in jüngster Zeit zu einer lebendigeren Vorstellung Mariens beigetragen und auch zu einem Brückenschlag zwischen katholischer und evangelischer Theologie geführt habe. Nach biblischem Zeugnis sei Maria keineswegs eine passiv unterwürfige Frau. Vielmehr ließen die biblischen Berichte erkennen, daß Maria eine starke Frau gewesen sei, vertraut mit Armut, Leid, Flucht und Exil. (*Katholische Nachrichten-Agentur*, *ÖKI* 41 [2. 10. 1991] 4)

Frauenordination trennt die Anglikanische Kirche

Die in den anglikanischen Kirchen der USA und Neuseelands bereits zugelassene

Frauenordination droht die Anglikanische Kirche von England zu spalten. Wie sich auf der letzten Generalsynode zeigte, stimmten von 44 Diözesen 38 für und 6 gegen die Frauenordination. Nach Angaben der BBC ergab eine Umfrage unter aktiven Gemeindemitgliedern, daß mindestens ein Drittel gegen die Priesterweihe von Frauen ist. In der Anglikanischen Kirche von England gibt es bis jetzt nur weibliche Diakone. Für einen Beschluß der Generalsynode über die Priesterweihe ist eine Zweidrittelmehrheit in den jeweiligen Kammern (Bischöfe, Priester und Laien) erforderlich. (*Süddeutsche Zeitung*, Nr. 42 [20. 2. 1992] 7)

Aktionsoffensive in Österreich zum »Jahr mit der Bibel 92«

Das katholische Bibelwerk und die katholische Bibelgesellschaft in Österreich hoffen, in dem »Jahr mit der Bibel 92« die auch bei vielen Christen zu beobachtende Scheu vor der Bibel zu überwinden. Dazu sollen zahlreiche Veranstaltungen, die unter dem Motto »Bibel — mehr als ein Buch« stehen, beitragen.

Geplant ist unter anderem: eine Dauerlesung des Neuen und Alten Testaments auf belebten Plätzen in österreichischen Städten, Ausstellungen, Publikationen, Artikelserien in Kirchenzeitungen und Konzerte. Auch das Fernsehen wird der Bibel zahlreiche Sendungen widmen. Positive Auswirkungen des Bibeljahres auf die Ökumene sieht der Vorsitzende der »Projektgruppe Biblia« (Hilfswerk zur Verbreitung von Bibeln in Osteuropa), Professor Walter Karlberger: »Es soll die Kirchen ein wenig zusammenführen, wo sie auseinanderdriften oder leidenschaftslos nebeneinander hergehen«. (*Katholische*

Nachrichten-Agentur, ÖKI 50 [4. 12. 1991] 1)

Die Bibel liegt — zumindest teilweise — in 1978 Sprachen vor. Die gesamte Bibel ist nach der jüngsten Statistik des Weltbundes der Bibelgesellschaften nun in 322, das Neue Testament in 758 und einzelne Bibelteile in weitere 898 Sprachen übersetzt. Die Zahl aller auf der Erde gesprochenen Sprachen wird von Experten auf 3000 bis 6000 geschätzt. (*Katholische Nachrichten-Agentur*, ÖKI 7 [12. 2. 1992] 7)

»Missionierung« in Albanien

Evangelikale Gruppen und Sekten haben mehreren Berichten zufolge Albanien, den ehemals »ersten atheistischen Staat der Welt«, für sich entdeckt und schicken »Missionare« ins Land. So veranstaltete das pfingstkirchliche »Aktionskomitee für verfolgte Christen« im Stadion und auf Plätzen der Hauptstadt Tirana eine fünftägige »Evangelisation«, zu der mehrere tausend Menschen kamen.

Römisch-katholisches »Institut für Östliches Christentum« in Nimwegen gegründet

In Nijmegen (Nimwegen)/Niederlande, wurde 1991 das »Institut für Östliches Christentum« gegründet, dessen Ziel die wissenschaftliche Erforschung des östlichen Christentums ist. Es ist beabsichtigt, an die Arbeit, die die Assumptionisten im »Institut für Byzantinistik und Ökumenische Studien« in den letzten 40 Jahren verrichtet haben, anzuknüpfen und sie fortzuführen. Das neu gegründete Institut wird neben Lehre und Forschung auch die seit

1948 bestehende wissenschaftliche Zeitschrift »Het Christelijk Oosten« herausgegeben sowie eine heute ungefähr 21 000 Bände zählende Spezialbibliothek, zu der unter anderem ein Mikrofichebestand syrischer Handschriften von besonderer Bedeutung gehört, betreuen und ausbauen.

Das Institut ist eine Stiftung, in deren Vorstand die Katholische Universität Nijmegen, die Assumptionisten und »freie« Vorstandsmitglieder paritätisch vertreten sind. Die finanziellen Mittel für das Institut werden im wesentlichen von der Kongregation der Assumptionisten, ungefähr 30 anderen katholischen Kongregationen und Orden und einigen gesellschaftlichen und kirchlichen Fonds aufgebracht.

(*Hermeneia* 7 [1991] 211 f.)

Rückbenennung von Orten in der GUS

In den über 70 Jahren des kommunistischen Regimes waren eine Reihe von Städten umbenannt worden. Mit der Rückkehr Kalinins zu seinem historischen Namen **Tver** begann die Rückbenennung vieler Orte in der GUS; die wohl spektakulärste und symbolträchtigste fand in **St. Petersburg**, dem zeitweiligen Leningrad, statt. Patriarch Aleksij II. von Moskau und ganz Rußland feierte aus diesem Anlaß im Beisein zahlreicher prominenter Bürger der Stadt und des Landes, aber auch des derzeitigen Hauptes der Dynastie Romanov, des Großfürsten Vladimir Kirillovic, in der jüngst wieder dem Gottesdienst bestimmten Isaaks-Kathedrale eine Göttliche Liturgie.

Im übrigen wurden folgende weitere Orte rück- bzw. umbenannt (in Klammern die frühere sowjetische Benennung): **Aktau** (Ševčenko), **Biskek** (Frunze), **Vla-**

dikavkaz (Ordžonikidze), **Ekaterinburg** (Sverdlovsk), **Kumairi** (Leninakan), **Lugansk** (Vorošilovgrad), **Naberežnye Čelny** (Brežnev), **Nižnij Novgorod** (Gorkij), **Rybinsk** (Andropov), **Samara** (Kujbišev), **Sergiev Posad** (Zagorsk).

Es wird erwartet, daß noch weitere Ortsnamen geändert werden; Kaliningrad etwa soll bald wieder offiziell seinen historischen Namen **Königsberg** erhalten. (*Hermeneia* 7 [1991] 220)

Aus der Chronik des Instituts 1991

Teilnahme von Prof. Nikolaou an dem 4. interdisziplinären Symposium des Mediävistenverbandes über das Thema »Die Begegnung des Westens mit dem Osten« in Köln vom 10. bis 14. März. Wahl zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Mediävistenverbandes für das Fach »Geschichte und Theologie der Ostkirche«.

Tagung über das Projekt »**Die Bedeutung der orthodoxen Theologie und Kirche im vereinten Europa**«, das vom Institut in Zusammenarbeit mit der Abteilung Christliche Soziallehre der Theologischen Fakultät der Universität Thessaloniki im Rahmen des europäischen Erasmus-Programms entwickelt wird. Anwesend waren — außer Prof. Nikolaou und Dr. Nikolakopoulos — die Kollegen aus Thessaloniki Proff. **Gioultsis**, **Karavidopoulos** und **Mantzaridis**.

Teilnahme von Prof. Nikolaou an der 6. Vollversammlung der Internationalen Orthodox-Lutherischen Kommission in Moskau vom 31. Mai bis 8. Juni.

Teilnahme von Prof. Nikolaou an der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates

des Mediävistenverbandes in Frankfurt am Main, 22. Juni.

Interview von Prof. Nikolaou mit Radio Antenne 5 über den religiösen Hintergrund des Konfliktes zwischen Serben und Kroaten, München, 4. Juli.

Wahl von Prof. Nikolaou zum ordentlichen Mitglied der **»Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste«** (Salzburg, Österreich), 22. November.

Vorbereitung und Durchführung des Symposiums **»Bayerns Philhellenismus«** an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 22. — 23. November. Das Symposium wurde veranstaltet vom Institut für Orthodoxe Theologie in Zusammenarbeit mit anderen Instituten der Universität München und dem Club griechischer Akademiker in Verbindung mit dem griechischen Generalkonsulat in München (näheres siehe oben S. 155 f.).

Vortrag von Prof. Johannes Konidaris, Athen, über **»Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat im heutigen Griechenland«**, veranstaltet vom Institut und dem Club Griechischer Akademiker in München, 8. Dezember.

*Vortragstätigkeit von
Prof. Th. Nikolaou:*

»Die griechisch-christliche Kultur und das vereinte Europa« in der Evangelischen Akademie Tutzing für die Jugend des Griechisch-orthodoxen Bischöflichen Vikariats in München, 14. April.

»Die Bedeutung der patristischen Tradition für die Einheit der Kirche heute«, veranstaltet vom Erwachsenenbildungswerk in Bonn, 16. Oktober.

»Der Einfluß Maurers auf die griechische Kirchenpolitik« im Rahmen des Symposiums über **»Bayerns Philhellenismus«** an der Universität München, 22. November.

»Ikone und Liturgie« im Collegium Oecumenicum in München, 28. November.

Dr. K. Nikolakopoulos

»Das orthodoxe Osterfest« im Kolpinghaus St. Theresia in München, 9. April.

»Orthodoxe Kirchen: Eucharistische Einheit im Autokephaliesystem« im Kloster Niederaltaich, veranstaltet von **»Philoxenia«**, 15. Juni.

»Bedeutende rhetorische Figuren in der einfachen Sprache der Johannes-Apokalypse« im Rahmen der 6. Versammlung der Orthodoxen Bibelgesellschaft in Nikosia/Zypern, 29. September.

»Die moderne Hermeneutik der Apokalypse von Johannes« im griech.-orth. bischöflichen Vikariat in München, 24. November.

»Das Kirchenjahr in der Orthodoxen Kirche« im Paul-Schneider-Haus (Evangelische Innere Mission) in München, 10. Dezember.

»Die byzantinische Musik im Rahmen des liturgischen Lebens« im Metropolitantenzentrum in Kalamata/Griechenland, 20. Dezember, und im Rathaussaal in Pyrgos/Griechenland, 22. Dezember.

»Byzantinische Musik und Volksmusik« im Rahmen der Aufführung des **»Byzantinischen Weihnachtsoratoriums«** in Patras/Griechenland, 28. Dezember.

(red. von **Dieter Fahl** und **Kon. Nikolakopoulos**)

Anhang zur Chronik:

A. Äußerung des Griechisch-Orthodoxen Metropoliten von Deutschland, *Augoustinos Labardakis, Bonn, zur Frage einer Anerkennung der Republik von Skopje*

Die Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland hat sich in den nahezu drei Jahrzehnten ihres Bestehens niemals in politische Auseinandersetzungen eingemischt und weder zu politischen Problemen in Griechenland noch zu solchen in Deutschland Stellung genommen. Wenn ich mich daher heute als Griechisch-Orthodoxer Metropolit zu einer politischen Frage äußere, so geschieht das allein aus der Sorge um das Schicksal unserer griechischen Heimat und der Menschen, die dort leben.

Im griechischen Volk ist die Erinnerung an den schrecklichen Bürgerkrieg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch sehr lebendig. Das trifft vor allem für Nordgriechenland zu, wo die Menschen besonders unter ihm gelitten haben und seine Folgen noch immer nicht gänzlich überwunden sind. Dabei erinnere ich nur an die Verschleppung der Kinder in die damaligen kommunistischen Länder.

Diese Menschen in Nordgriechenland möchte ich vor neuer Bedrängung oder vielleicht sogar vor kriegigerischer Auseinandersetzung bewahrt sehen. Nur aus diesem Grunde äußere ich mich im folgenden zu der Situation, wie sie sich in letzter Zeit an der Nordgrenze unseres Vaterlandes entwickelt hat, und zur Frage einer Anerkennung der Republik von Skopje.

Dazu möchte ich auf drei Punkte hinweisen.

1. Territoriale Ansprüche der Republik in Skopje sind nicht wirklich ausgeschlossen. Zwar wurde der neuen Verfassung dieser Republik eine Versicherung angefügt, daß keine territorialen Ansprüche gegenüber anderen Ländern erhoben werden; in der Präambel derselben Verfassung wird aber betont, daß sich diese Republik auf die »staatsrechtlichen Traditionen der Republik Krusowo (1903)«, sowie auf die »historischen Beschlüsse der Antifaschistischen Volksbefreiungsversammlung Makedoniens (1944)« stützt.

Diese Beschlüsse von 1944 hatten einen autonomen, unabhängigen Staat Makedonien zum Ziel, der sich auch auf Gebiete Griechenlands, Bulgariens und Albaniens erstreckt. Das Kommunistische Manifest der Antifaschistischen Volksbefreiungsversammlung Makedoniens vom 2. August 1944 proklamiert u.a.: »Laßt euch vom Kampf des makedonischen Piemont inspirieren ... Nur er führt zur Freiheit und Einheit des ganzen makedonischen Volkes ... Laßt die künstlichen Grenzen, die Bruder von Bruder trennen, weggefegt sein«. Die Hinweise ihrer Präambel auf diese Beschlüsse machen deutlich, daß die neue Verfassung und die künftige Politik der Republik Skopje territoriale Ansprüche und eine entsprechende Expansion vertreten.

2. Die feindliche Propaganda gegen Griechenland hat nicht aufgehört. Der Präsident der Republik, Herr Kivo Gligorov, sprach in einem Interview der Zeitschrift NIN (Beograd, Febr. 1991) von der Teilung und Unterjochung des »makedonischen Volkes« in Serbien, Griechenland und Bulgarien nach den Balkankriegen

und wies darauf hin, daß das Ziel der führenden nationalistischen Parteien ein »Großmakedonien« sei und sie die Absicht hätten, »die Grenzen Griechenlands und Serbiens neu zu ziehen«.

Nicht weniger deutlich sprach Herr Vasil Turpurkowski, der Repräsentant Skopjes im jugoslawischen Staatspräsidium, mehrfach von der Vereinigung aller makedonischen Gebiete und betonte, daß »... der neue makedonische Staat als erstes Ziel haben wird, die versklavten Makedonier zu befreien und die breitere makedonische Region zu vereinigen« (Radio-Interview in Perth, Australien, Dezember 1990). Auf die Frage, »ob die Makedonier mehr für kulturelle und geistige als für territoriale Einheit kämpfen sollten«, antwortete er: »Ich denke, daß unser nationales Ideal nicht eingeschränkt sein kann; die territoriale Einheit ist ein Teil von ihm« (Radio-Interview in Toronto, Kanada, 20. Januar 1991).

Politische Organisationen in Skopje bringen immer wieder Landkarten in Umlauf, auf denen ein »Großmakedonien« als politischer Begriff erscheint. Es umfaßt außer den Gebieten der jugoslawischen Republik von Skopje auch das griechische Makedonien als »Egeska Makedonija«, Ägäisches Makedonien, sowie den bulgarischen Teil Makedoniens und das kleine Stück, das zu Albanien gehört. Dabei wird daran erinnert, daß Makedonien als geographischer Begriff unter Griechenland (51 %), Jugoslawien (39 %), Bulgarien (9,5 %) und Albanien (0,5 %) aufgeteilt ist. Auf den erwähnten Landkarten sind Gebiete aus den Nachbarstaaten herausgelöst, und es wird das aus ihnen gebildete sog. Großmakedonien als eine eigene politische Größe dargestellt. Das jüngste Beispiel einer solchen Landkarte erschien in einem Kalender für das Jahr 1992, der auch in

mehreren tausend Exemplaren nach Griechenland verschickt wurde.

In Skopje werden auch Gedenkgegenstände (z.B. Gedenkmünzen) verbreitet, auf denen der »Weiße Turm«, das Wahrzeichen von Thessaloniki, der größten Stadt des griechischen Makedonien, abgebildet ist.

3. Für Griechen ist der Gebrauch des Begriffes »Makedonien«, wie er von der Republik Skopje praktiziert wird, einmal aus historischen, dann aber auch aus politischen Gründen unannehmbar. Während der letzten 45 Jahre war ein solcher Gebrauch stets auch Haupttriebkraft dafür, an Griechenland territoriale Ansprüche zu stellen.

Daß die alten Makedonier der Welt der Griechen angehörten, ist eine historische Tatsache, die heute nicht mehr angezweifelt werden kann. Die archäologischen Funde beweisen zusammen mit sprachwissenschaftlichen Forschungen durch eine Fülle von antiken Inschriften in griechischer Sprache mit einer großen Zahl von griechischen Eigennamen, daß die Zugehörigkeit der Makedonier zu den Griechen weder kulturell noch sprachlich nie unterbrochen war. Auch jeder historisch gebildete Deutsche verbindet mit dem Begriff Makedonien die Personen von Alexander d.Gr. und seinem Lehrer Aristoteles. Die Verbreitung der griechisch-hellenistischen Kultur in der damaligen Welt durch den Makedonier Alexander bestätigt diese Tatsache nur, die immer wieder durch neue archäologische Funde — so z.B. bei Vergina, aber auch an anderen Stellen — bekräftigt wird. Seitdem gab es keinen makedonischen Staat oder eine selbständige Nation, sondern nur eine geographische Region dieses Namens.

Da der Name Makedonien unlösbar mit Griechenland verbunden ist, muß es abgelehnt werden, daß dieser Name zu einer ethnischen Bezeichnung für eine slawische Nation gemacht wird, die dann Ansprüche auf griechisches Gebiet erhebt und auf die Herrschaft über eine griechische Bevölkerung.

Die Errichtung des Teilstaates Skopje durch Tito geschah in einem Augenblick, in dem die politische und ideologische Herrschaft der ehemaligen Sowjetunion ihre Einflußsphäre bis zur Ägäis auszuweiten trachtete. Es wäre eine Ironie der Geschichte, wenn man nun nach dem Zusammenbruch des Bolschewismus und dem Ende des Kalten Krieges derartige Ansprüche durch die politische Anerkennung einer »Republik Makedonien« nachträglich legitimieren würde. Eine solche Anerkennung wird jedenfalls geschichtlich und politisch falsch sein und möglicherweise viel Leid über die Menschen in dieser Region bringen.

B. Makedonien. Ein falscher Ausweis für Skopje*

von Theodor Nikolaou, München

Nach Lektüre des Leitartikels »Fünf statt eins« und des Artikels »Ein Sperrgürtel vom Bosphorus zur Adria« von Herrn W. Koydl (SZ vom 3. und 6.3.1992, S.4) frage ich mich, ob diese Artikel dem Ruf einer anerkannten guten und seriösen Zeitung gerecht werden. Hier einige Beispiele bzw. Fragen, welche diese Skepsis belegen:

1. Wie kann Herr Koydl die Behauptung verbreiten, daß die Gebiete um die Hafenstadt Thessaloniki »vor 50 Jahren noch slawisch besiedelt (waren) und ... seitdem mit ziemlicher Ruppigkeit (sic!) hellenisiert (wurden)«? Woher hat er diese »Information«? Gibt es vielleicht eine entsprechende Dokumentation oder die Akten eines internationalen Gremiums, das sich mit dieser Frage befaßt hat? Wenn diese »Hellenisierung« sogar »mit ziemlicher Ruppigkeit« erfolgt sein soll, hätte sich dann nicht z.B. die UNO damit beschäftigen müssen?

Geschichtlich wahr ist dagegen, daß die Griechen in Makedonien bereits in der Zeit der türkischen Herrschaft, d.h. vor den Balkankriegen 1912–1913, die größte Nationalität ausmachten. Eine Statistik aus jener Zeit, die 1926 auch vom Völkerbund veröffentlicht wurde, weist in einem Gebiet, das außer Makedonien auch weitere Teile des heutigen Bulgarien und Jugoslawien umfaßte, folgende Daten auf: Griechen 513 000 (42,6%), Muslime 475 000 (39,4%; Muslime sind entgegen den ständigen Darstellungen der SZ und anderer Medien keine Nationalität und bei der hier erwähnten Statistik handelt es sich hauptsächlich um Türken, aber auch um islamisierte Albaner, Slaven, Griechen etc.), Serben und Bulgaren 119 000 (9,9%), andere Volksgruppen (Juden, Albaner, Walachen, Zigeuner etc.) 98 000 (8,1%). Durch die Völkerverschiebungen nach dem ersten Weltkrieg und insbesondere dem Bevölkerungsaustausch zwischen Griechen aus Kleinasien und Türken aus den befreiten Gebieten ist die Homogenität der Bevölkerung im griechischen Makedonien eine historische Gegebenheit bereits für die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts. Dementsprechend kann von einem »slawisch besiedelt(en)« Gebiet um

* Der größte Teil des vorliegenden Leserbriefes wurde in der »Süddeutschen Zeitung« (Nr.61), 13. März 1992, S.42, veröffentlicht.

Thessaloniki »noch vor 50 Jahren« und von seiner »Hellenisierung« in der darauffolgenden Zeit keine Rede sein. Die anderslautenden Äußerungen von Herrn Koydl beweisen entweder Unkenntnis — so daß sich die Frage stellt, wie er andere informieren will, wenn er selber die Geschichte nicht kennt — oder daß er Opfer einer oberflächlichen Propaganda ist.

2. Warum übergeht Herr Koydl völlig die Einwände der Griechen bezüglich der Verwendung des Namens Makedonien bzw. Makedonier durch die Teilrepublik von Skopje? Wäre es nicht seine Pflicht gewesen, den Leser kurz darüber zu informieren? Sind die »geschichtlichen Informationen«, die er in diesem Zusammenhang anführt, ebenfalls aus Unkenntnis oder absichtlich sehr mangelhaft?

Es ist vorwegzuschicken, **erstens** daß der Begriff Makedonien ein konkretes geographisches Gebiet bezeichnet, welches heute zu den Staaten Griechenland (Anteil 34203 km² = 49,55 %), Jugoslawien (Anteil 25713 km² = 37,25 %) und Bulgarien (Anteil 9100 = 13,18 %) gehört (Meyers Enzykl. Lexikon, Bd. 15, Mannheim 1975, s.v. Makedonien). **Zweitens** ist der Name Makedonien von alters her mit der griechischen Geschichte und Kultur engstens verbunden. Eindeutige geschichtliche Gegebenheiten z.B. von Alexander dem Großen und seinem Lehrer Aristoteles bis zu den archäologischen Funden und den verschiedensten Inschriften und Eigennamen in griechischer Sprache nicht nur aus der Antike, sondern auch aus byzantinischer Zeit belegen dies. In der Antike gehörten die Makedonier genauso wie die Lakedämonier, Athener, Thebaner, Thessalier usw. zu der Welt der Griechen. Wenn man **drittens** das Gebiet der heutigen Teilrepublik von Skopje als

Ganzes betrachtet, dann muß man feststellen, daß in der Antike dort in erster Linie das Volk der Dardaner und nicht der Makedonier wohnte; das heutige Skopje hieß Skoupoi. **Viertens** wird das jugoslawische Makedonien hauptsächlich von Slawen bewohnt, die ursprünglich mit den Bulgaren zum selben slawischen Volksstamm gehören (es gibt außerdem dort Albaner, etwa 20 % der Bevölkerung, und islamisierte Zigeuner, Serben etc.). Dieser Volksstamm (mit den drei weiteren slawischen Volksstämmen der Slowenen, Kroaten und Serben) ist bekanntlich erst im 6./7. Jhdt. n. Chr. in die Balkanhalbinsel eingedrungen und hat sich dort nach langen Auseinandersetzungen mit dem Oströmischen Reich niedergelassen.

Unter Berücksichtigung dieser geschichtlichen Fakten versteht sich von selbst, daß die Griechen verpflichtet sind, sich gegen die Usurpation und den Mißbrauch des Begriffs Makedonien zu wehren. Es geht also in keiner Weise um »eine Art Copyright«, wie Herr Koydl wohl ironisch meint. In Kenntnis derselben geschichtlichen Fakten muß man sehr überrascht sein, wenn man sogar im »Aktuellen Lexikon« der SZ (11. 12. 1991) von dem slawischen Volk der »Mazedonier« lesen mußte. Diesen groben Fehler wiederholt Herr Koydl, wenn er schreibt: »Den Rang einer Nation erhielten die Mazedonier erst durch ... Tito«. Aber genau gegen dieses »Retortenprodukt Titos« (C. E. Buchalla) vom Jahr 1944 wenden sich die Griechen. Denn jedes Volk braucht eine eigene Identität und kann nicht durch einen fremden Ausweis »den Rang einer Nation« erhalten. Sein Name sollte die eigene Identität zum Ausdruck bringen und gleichzeitig von den Nachbarnationen abgrenzen.

3. Herr Koydl weiß zu berichten, daß in Brüssel angeblich Griechenlands »EG-Qualifikation ... hinter vorgehaltener Hand ohnehin bezweifelt wird«. Aber in Wirklichkeit hat er offensichtlich nicht einmal die in der SZ (18. 12. 1991, S. 7) veröffentlichte Erklärung der EG zu Jugoslawien gelesen, wenn er schreibt, daß »die kleine Republik (d.h. Makedonien) den strengen europäischen Kriterienkatalog erfüllt hätte«. Dort heißt es nämlich: »Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten fordern ferner jede jugoslawische Republik auf, sich vor der Anerkennung zu verfassungsrechtlichen und politischen Garantien zu verpflichten, die sicherstellen, ... daß sie keine feindliche Propaganda-Aktivitäten gegen einen benachbarten EG-Staat unternehmen wird, **inklusive des Gebrauchs einer Bezeichnung, aus der sich territoriale Ansprüche ergeben**«.

4. Und eine letzte Frage: Wenn man den lodernen islamischen Fundamentalismus bedenkt und das bereits angemeldete Interesse der Türkei für Bosnien-Herzegovina berücksichtigt und überdies ein »Sperrgürtel vom Bosphorus zur Adria« auch nach den Worten von Herrn Koydl »denkbar wäre«, warum versteht er dann die Befürchtungen der Griechen nicht,

zumal sie seit Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden, als Bollwerk Europas (gegen Perser, Araber, Türken etc.) gedient und somit einschlägige Erfahrungen gesammelt haben? Ist unter diesen Vorzeichen die Reaktion der Griechen tatsächlich »künstlich«, »unbesonnen« und »hysterisch«? Diese Frage hat vielleicht mit dem Namen Makedonien nicht direkt zu tun, aber im gewissen Sinne schon. Denn ist es wirklich völlig unverständlich, wenn Griechenland durch den Gebrauch des Namens Makedonien von einem Staat, der mit dem griechischen Makedonien gemeinsame Grenzen hat, seine Souveränität gefährdet sieht, vor allem dann, wenn dieser noch Teilstaat den betreffenden Namen schon propagandistisch einsetzt (vgl. darüber hinaus gedruckte Landkarten, Münzen, aber auch Äußerungen seiner Politiker)?

Schließlich möchte ich anmerken, daß man den Völkern in den verschiedenen Regionen, in denen Unruhen bestehen oder entstehen könnten, am besten durch objektive und umfassende Information helfen kann. Selbstverständlich muß man für die Unabhängigkeit der einzelnen Völker eintreten. Man wird aber diesem Anliegen nicht gerecht, wenn man nicht in erster Linie den Dialog und die Verständigung dieser Völker untereinander fordert und fördert.